

## **Niederschrift über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Gemeinderates**

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Donnerstag, 11.04.2019
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:35 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	21:26 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	im großen Sitzungssaal des Rathauses

---

### **Anwesend sind:**

#### **Als Vorsitzender:**

Redelberger, Thomas, Bürgermeister

#### **Ratsmitglieder:**

Bernauer, Mark	CDU	
Bruckmann, Karlheinz	UBH	
Feld, Klara	FDP	
Flöhl, Rüdiger	NÖL	
Glock, Klaus	CDU	
Heimes-Vogel, Hiltrud	CDU	
Hill, Hans-Kurt	Die Linke	
Hubig, Ute	CDU	
Kopp, Pascal	FDP	ab TOP 3 / 18:40 Uhr
Krebs, Ulrich	FDP	bis TOP 6 / 21:00 Uhr
Leinenbach, Volker	CDU	
Luksic, Oliver	FDP	
Maas, Helmut	CDU	
Meisberger, Patrik	CDU	
Mertes, Rosarina	CDU	
Michaelis, Alfred	SPD	
Michaelis, Friedrich	CDU	
Müller, Rainer	SPD	
PAUL, Michael	CDU	
Pörtner, Holger	SPD	
Reimann, Peter, Dr.	SPD	
Sauer, Stephen	SPD	
Schmidt, Manfred	CDU	
Schmidt, Stefan	SPD	
Schuler, Adrian	UBH	bis TOP 5.1 / 20:55 Uhr
Trappmann, Claudia	SPD	
Woll, Peter	CDU	
Zeiger, Armin	CDU	
Zimmer, Reiner	SPD	

#### **Von der Verwaltung:**

Di Napoli, Tanina  
Mack, Ursula  
Ringe, Markus

abwesend während TOP 9 - 9.1

Thinnes, Klaus

abwesend während TOP 9 - 9.1

**Schriftführerin:**

Maurer, Marion

**Ortsvorsteher/in:**

Lesch, Bruno

CDU

PAUL, Jan

SPD

**Presse:**

Dittgen, Fredi

Saarbrücker Zeitung

bis TOP 5.1 / 20:55 Uhr

**Entschuldigt fehlt/fehlen:**

Blanckenhorn, Dirk

Bündnis 90/Die Grünen

Schäfer, Kerstin

SPD

Schwindling, Jörg

CDU

Wark, Roland

UBH

Gemäß der Satzung über die Einrichtung einer Einwohnerfragestunde in den Ortsräten und im Gemeinderat der Gemeinde Heusweiler findet vor Eintritt in die Tagesordnung eine Einwohnerfragestunde statt, in der anwesenden Einwohnerinnen und Einwohnern die Gelegenheit gegeben wird, Fragen an die Verwaltung und die Ratsmitglieder zu richten (siehe Anlage).

Der Vorsitzende stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Gemeinderat beschlussfähig ist.

Er schlägt vor, wie im Bau- und Verkehrsausschuss besprochen, die Drucksache BV/0040/19 „Errichtung einer Grüngutsammelstelle auf der ehemaligen Kompostieranlage Heusweiler“ als TOP 10.2 auf die Tagesordnung aufzunehmen.

Da keine weiteren Änderungen gewünscht werden, lässt er über die Aufnahme des Tagesordnungspunktes abstimmen.

**Einstimmiger Beschluss:**

„Der Gemeinderat beschließt, die Tagesordnung um die Drucksache BV/0040/19 als TOP 10.2 zu ergänzen.“

Es folgt eine Abstimmung über die geänderte Tagesordnung.

**Einstimmiger Beschluss:**

„Der Gemeinderat beschließt nachfolgend aufgeführte Tagesordnung:“

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Annahme der Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates vom 28.03.2019 (öffentlicher Teil)
- 2 Bekanntmachung der Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 28.03.2019
- 3 Stärkung und Weiterentwicklung der drei vorhandenen Grundschulstandorte  
Vorlage: BV/0036/19
- 4 Doppelhaushalt 2019/2020  
Vorlage: BV/0153/18
- 5 Satzungen
- 5.1 Bebauungsplan "Wohngebiet Am Westfeld" - Billigung des Entwurfs und Beschluss über die Beteiligungen gemäß §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB  
Vorlage: BV/0034/19
- 6 Anerkennung von Zeitkarten und Semestertickets auf den Nachtbuslinien des ZPRS  
Vorlage: BV/0037/19
- 7 Mitteilungen und Verschiedenes

### **Nichtöffentlicher Teil**

- 8 Annahme der Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates vom 28.03.2019 (nichtöffentlicher Teil)
- 9 Personalangelegenheiten
- 9.1 Einstellung von fünf Erzieherin/innen  
Vorlage: BV/0038/19
- 10 Vergabe von Lieferungen und Leistungen
- 10.1 Abschluss eines Straßenbeleuchtungsvertrages  
Vorlage: BV/0172/18
- 10.2 Errichtung einer Grüngutsammelstelle auf der ehemaligen Kompostieranlage Heusweiler hier: Beauftragung der Leistungsphasen 5 bis 8 gemäß HOAI  
Vorlage: BV/0040/19
- 11 Mitteilungen und Verschiedenes

## **Niederschrift:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Annahme der Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates vom 28.03.2019 (öffentlicher Teil)**

##### **Einstimmiger Beschluss bei 2 Stimmenthaltungen (FDP/UBH):**

„Die Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates vom 28.03.2019 (öffentlicher Teil) wird in der vorliegenden Fassung angenommen.“

#### **zu 2 Bekanntmachung der Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 28.03.2019**

Der Vorsitzende verliest die nachfolgenden Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 28.03.2019:

- Der Gemeinderat beschließt, den Auftrag für die Herstellung aller befestigten Flächen um die Hauptfeuerwache Heusweiler an die Firma Juchem aus St. Wendel zu ihrem Angebotspreis zu erteilen.
- Der Gemeinderat beschließt, den Getränkelieferungsvertrag mit der Grosswald Brauerei für gemeindeeigene Einrichtungen, mit Ausnahme der Kulturhalle Heusweiler, nicht fortzuführen.  
Über die Kulturhalle Heusweiler soll aufgrund des länger laufenden Vertrages zu einem späteren Zeitpunkt beraten werden.

#### **zu 3 Stärkung und Weiterentwicklung der drei vorhandenen Grundschulstandorte Vorlage: BV/0036/19**

Der Vorsitzende spricht die schriftliche Anfrage an das Ministerium für Bildung und Kultur im Hinblick auf den zusätzlichen Schulstandort in Heusweiler an. Hierbei steht die Frage im Vordergrund, ob bei einer Gebundenen-Ganztagsschule (GGTS) die bestehenden Standorte in Heusweiler, Eiweiler und Holz erhalten bleiben könnten und wenn ja, ob dieser Vorschlag seitens des Kultusministeriums befürwortet werde oder Bedenken zur Umsetzung bestehen würden. Des Weiteren sei um Informationen zur Personalisierung eines zusätzlichen Standortes gebeten worden. Hierauf habe das Ministerium mitgeteilt, dass derzeit kein Bedarf für einen zusätzlichen Grundschulstandort im Bereich der Gemeinde Heusweiler gesehen werde. Die Errichtung eines gebundenen Ganztagsangebotes an einer der bestehenden Grundschulen in der Gemeinde Heusweiler werde seitens des Ministeriums für Bildung und Kultur begrüßt. Bei entsprechender Einrichtung von Ganztagsangeboten sei gemäß § 12 der Verordnung – Schulverordnung - über die Gebundene Ganztagsschule (Ganztagsschulverordnung) vorgesehen, personelle Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

Herr Flöhl stellt nachfolgenden Ergänzungsantrag:

Der Gemeinderat Heusweiler soll beschließen, neben der bisherigen Weiterführung der Freiwilligen Ganztagschulen (FGTS) zusätzlich die Einführung einer GGTS im Bereich der Grundschule Heusweiler-Eiweiler durchzuführen.

Des Weiteren soll die Verwaltung beauftragt werden, hierfür die organisatorischen Voraussetzungen im laufenden Haushalt zu schaffen und entsprechende Gespräche mit den Kindergärten, -tagesstätten und Schulen, Ministerien etc. zu führen. Dem Rat solle regelmäßig über den Fortgang Bericht erstattet werden.

Herr Stefan Schmidt hält fest, dass die Betreuungsangebote an den Schulen aus allen Nähten platzen würden. Nachdem die CDU-geführte Landesregierung die Standorte in Obersalbach, Kutzhof und Wahlschied geschlossen und den Standort Eiweiler zur Dependance abgewertet hätte, habe Heusweiler mit den Auswirkungen dieses bildungspolitischen Kahlschlags zu kämpfen und sei die am stärksten betroffene Gemeinde landesweit. Aufgrund der steigenden Geburtenrate und konstant hoher Zuzugszahlen, habe man erfreulicher Weise steigende Schülerzahlen. Er teilt mit, dass diese Zahlen im Grundschulbereich seit mindestens 6 Jahren feststehen würden und verweist hierzu auf die Mittelfristplanung und die Landesentwicklungsplanung des Ministeriums für Bildung und Kultur (MBK) im Grundschulbereich. Er habe in der Amtszeit von Herrn Redelberger eine entsprechende Vorlage vermisst. Nun solle vor den Kommunalwahlen schnell eine Vorlage beschlossen werden, die zuvor nicht oder kaum in den Gremien besprochen worden sei. Mit diesem Antrag soll bildungspolitisches Stückwerk betrieben und unter anderem, der Standort in Dilsburg massiv ausgebaut werden. Dieser Standort gehöre jetzt schon zu einem der größten im Land. Alle Untersuchungen zeigten, dass kleine Einheiten und Schulen besser für die Entwicklung und den Lernerfolg der Schulkinder seien. Aus verkehrstechnischer Sicht sei ein Ausbau in Dilsburg nicht geeignet. Er bittet sich diesbezüglich mit den Anwohnern der Parallelstraße, Dilsburger Straße und der Talstraße zu unterhalten. Ein Ausbau sei störend, was didaktisch und pädagogisch das wichtigste Argument im Hinblick auf den Lernerfolg der Kinder sei. Ein Abriss und Neubau im laufenden Betrieb könne somit nicht förderlich sein. Zudem werde eine genaue Kostenberechnung des Vorhabens vermisst. So könne man als Verwaltung und Rat nicht konstruktiv miteinander arbeiten. Auch in Holz platze die Nachmittagsbetreuung, die nur in einer kleinen Hausmeisterwohnung untergebracht sei, aus allen Nähten. Auch hier würden die Zahlen steigen, was seitens der ABG in der vergangenen Woche vorgestellt worden sei. Es werde ein Entgegensteuern, in der Amtszeit des Bürgermeisters, vermisst. Nicht in die vorliegenden Zahlen eingerechnet seien die zusätzlichen Wohngebiete, die in Holz und Heusweiler gerade erschlossen würden. Der Vorschlag der Verwaltung sei teuer, dauere lange, da erst abgerissen und neu gebaut werden müsse und sei organisatorisch schlecht machbar. Die SPD stehe für den Ausbau eines gebunden Ganztagsangebotes in der Gemeinde Heusweiler. Wichtig sei der Wunsch nach einem zusätzlichen Angebot und nicht die Diskussion, die seitens der Verwaltung angestrebt werde. Im Gegensatz zu den Halbtagschulen und den FGTS, an denen nachmittags mehrheitlich eine Betreuung stattfinde, die übrigens pädagogisch sehr gut von der ABG durchgeführt werde, werbe die GGTS auch am Nachmittag mit individuellen, fachlichen sowie sozialen Lernmöglichkeiten und einer freizeitlichen Gestaltung. Diese aktive Nutzung des Nachmittages biete den multiprofessionellen Teams bestehend aus Lehrkräften, Erziehern und Sozialpädagogen mehr Raum, um die Schülerinnen und Schüler in ihren individuellen Interessen und Fähigkeiten stärker zu fördern, die Schwächen zu verringern und die sozialen Fähigkeiten untereinander zu stärken. Auf diesem Weg sollen die jungen Menschen, den jeweils bestmöglichen Schulabschluss erreichen. Es werde hierfür einen erheblichen Aufwuchs im saarländischen Landeshaushalt geben. Bereits

heute besuchten mehr als 7.000 saarländische Schülerinnen und Schüler eine GGTS und die Tendenz sei steigend. Die große Nachfrage an der GGTS zeige, dass man mit dem Schulmodell den Anforderungen vieler Eltern und Kinder gerecht werde. Damit aber auch alle Kinder die gleichen Chancen haben, müsse auch in Heusweiler ein solches Angebot zur Verfügung gestellt werden, um eine tatsächliche Wahlfreiheit zwischen den Schulmodellen zu ermöglichen. Ferner dürfe eine fehlende Wahlfreiheit in den Schulmodellen nicht dazu führen, dass ein Elternteil aufgrund der Bildung und Erziehung des Kindes nur eine Teilzeitbeschäftigung annehme, obwohl man lieber einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen würde. Die GGTS entlastet Eltern und garantiere eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ein Thema, welches der SPD sehr am Herzen liege und in der heutigen Zeit immer wichtiger werde. Man wolle gewährleisten, dass die Schulen nicht nur Orte des Lernens sondern auch des Lebens werden. Die SPD werde den Verwaltungsvorschlag nicht mittragen.

Herr Hill spricht den Antrag aus 2013 an, eine GGTS in Heusweiler zu etablieren. Dieser Antrag sei im Ausschuss und im Gemeinderat behandelt worden. Man habe den Antrag ruhen lassen und stehe nach wie vor dazu. Man habe seinerzeit in Erwägung gezogen, dies sei auch Bestandteil der damaligen Diskussion gewesen, wenn in Eiweiler eine solche GGTS eingerichtet werde, könne man das Gelände in Eiweiler auch noch weiterentwickeln. Man wisse, dass Kindergärten benötigt würden und stehe mit dem Konzept in der Diskussion. Von Seiten der Linken werde es nur eine Zustimmung geben, wenn nachhaltig eine GGTS mit integriert sei. Es gehe einerseits um die Wahlfreiheit, aber auch darum, das Bildungsangebot für die Kinder nachhaltig zu gestalten. Er denke, dass man im Rahmen einer GGTS ein wesentlich besseres pädagogisches Angebot für die Nachmittagsbetreuung habe, wobei dies keine Kritik an der Arbeit der ABG darstelle, die in ihrem Rahmen alles Mögliche mache. Man sehe aber auch dort, dass Grenzen erreicht seien, insbesondere wenn es darum gehe, Pädagogen im Nachmittagsbereich zu beschäftigen. Deswegen spreche sich die Linke nur für eine GGTS in Verbindung mit einer FGTS aus.

Herr Luksic hält seinen Wortbeitrag und Vorschlag bewusst sachlich, damit dieser als Brücke für den Erhalt eines breiten Konsenses verstanden werden könne. Es sei misslich, dass früher so viele Schulen geschlossen worden seien, so dass jetzt neu gebaut werden müsse. Es stelle sich die Frage nach der besten Lösung. Hierbei sollte zwischen der baulichen Frage und dem Ganztagsangebot unterschieden werden. Eine so weitreichende Entscheidung sollte nicht übereilt gefasst werden. Daher stimme er dem Bürgermeister zu, wenn dieser sich für eine dezentrale Lösung ausspreche. Er komme jedoch zu einem anderen Schluss, auch was das Thema engster Raum betreffe. Die Notwendigkeit zum Ausbau der Nachmittagsbetreuung sei unstrittig, so dass hier alle Fraktionen zustimmen sollten, ebenso wie der energetischen Sanierung des Bestandsgebäudes in Eiweiler. Davon trennen würde er die Frage, wo und wie ausgebaut werden soll, um den Bedarf für acht Klassen decken zu können. Wie es langfristig aussehe, könne niemand sagen, da sich auch die Prognosen ändern könnten. Insofern sei er für ein Modell anhand der ermittelten Werte, die mit dem Bildungsministerium gespiegelt werden sollten. Seiner Meinung nach wäre es sinnvoller und besser, als Option für einen Teil des Ausbaus, die Grundschule Wahlschied in Betracht zu ziehen. Diese werde zurzeit anderweitig genutzt, sei aber im Bestand der Gemeinde Heusweiler und bedürfe einer Sanierung. Seiner Überzeugung nach sei

die Sanierung nicht nur schneller möglich, sondern auch viel kostengünstiger als ein Neubau. Zum vorliegenden Vorschlag bezüglich eines Neubaus in Eiweiler und Dilsburg, glaube er, dass relativ grobe Schätzungen vorlägen, sodass eine genaue Aufschlüsselung wichtig erscheine, um diese weitreichenden Kostenthemen besser entscheiden zu können. Sein Vorschlag sei, dies habe er als Änderungsantrag zur Vorlage eingereicht, dass beschlossen werden solle, die Nachmittagsbetreuung Holz und die energetische Sanierung Eiweiler und eine mögliche Reaktivierung des Gebäudes in Wahlschied zu prüfen. Dieser Vorschlag stelle sicher, dass die Gemeinde die Flexibilität habe, die beste Lösung in Bezug auf die Kosten sowie eine schnelle Umsetzung zu treffen. Der Bürgermeister habe zu Recht geäußert, dass es sich um eine wichtige Entscheidung handle und der Bedarf ermittelt werden müsse. Die Entscheidung zur Einrichtung einer Ganztagschule sollte nicht anhand der Stellungnahme der ABG getroffen werden, sondern durch eine Bedarfsermittlung aufgrund einer Befragung der Eltern. Nur dann erhalte man ein wirkliches Lagebild, um eine rationale Entscheidung treffen zu können, die langfristige Auswirkungen habe. Er rate davon ab, eine überstürzte Entscheidung zu treffen. Es stelle sich die Frage, welche Gebäude wie ausgebaut werden sollen. Er habe eine weitere Option vorgeschlagen und die Willensbekundung, ein Ganztagsangebot einzurichten, geäußert. Alles weitere müsse man vom Ergebnis der Befragung abhängig machen und gegebenenfalls über einen Nachtragshaushalt finanzieren. Dies wäre, seinem Erachten nach, eine rationale Vorgehensweise, um den besten Beschluss fassen zu können. Deshalb bitte er um Zustimmung für den Änderungsvorschlag und rufe die Ratsfraktionen auf, eine Entscheidung zu treffen, die für die Gemeinde mittel- und langfristig am Besten sei.

Frau Heimes-Vogel findet es schade, wenn bei anstehenden Wahlen die Haushaltsdebatten etwas hektisch würden. In der letzten Woche habe der Vorschlag der SPD vorgelegen, eine neue Schule zu bauen, was seitens des Ministeriums abgelehnt worden sei. Den heutigen Vorschlag, was jetzt die Alternative sei, habe sie nicht verstanden. Die FDP habe kurzfristig Wahlschied ins Spiel gebracht, so dass sich ihr die Frage stelle, ob bei einem neuen Standort, auch wenn es eine Dependance wäre, das Ministerium hier mitspiele. Da im Anschluss der Haushalt verabschiedet werden solle, sollte man sich auf Möglichkeiten einigen, die mitgetragen werden könnten. Die Ermittlung einer Bedarfsanalyse, wie viele GGTS-Plätze benötigt würden, könne sicherlich von allen mitgetragen werden. Nach dieser Ermittlung könne man den zweiten Schritt tun, zu entscheiden, wo eine Ansiedlung erfolgen solle. Jetzt müsse gemeinsam überlegt werden, was in den Haushalt geschrieben werden solle, was in der heutigen Sitzung vertagt und worüber man sich einigen könne. In der heutigen Sitzung keinen Haushalt zu beschließen würde die Gemeinde lähmen.

Herr Flöhl möchte noch inhaltlich auf seinen Antrag eingehen. Es seien bereits viele Argumente genannt worden. Nach Ansicht der NÖL sollte sich darauf verständigt werden, dass eine GGTS grundsätzlich auch in Heusweiler möglich sei. Selbst die Einrichtung einer einzigen Klasse sei ein Schritt in die richtige Richtung. Es sollte eine Überprüfung der Bedarfszahlen sowie der finanziellen Mittel erfolgen. Die im Haushaltsentwurf eingestellten Mittel würden auf der Grundlage, dass keine GGTS eingerichtet werde, basieren. Da die NÖL sich dafür ausspreche, den Haushalt in der heutigen Sitzung zu verabschieden, sollte der Rahmen so gefasst werden, dass es mit den eingestellten Mitteln möglich sei, eine

GGTS einzurichten. Aus seiner Sicht sei der Ausbau in Holz als erster Schritt unstrittig. Da alles weitere gemeinschaftlich entschieden werden müsse, sei sein Vorschlag, die Verwaltung zu beauftragen ständig zu berichten. Vielleicht sollte der Rat in die Offensive gehen und die Vorteile einer GGTS in einem Vortrag für die Eltern darstellen. Hierbei könnten die einzelnen Fraktionen ein entsprechendes Konzept zur Verdeutlichung des Standpunktes und der einzelnen Möglichkeiten entwickeln.

Herr Zimmer fragt sich, warum so eine Hektik entstehe, da die Zahlen seit langem vorlägen. Im letzten Jahr sei über die wachsenden Zahlen diskutiert worden und dann habe ein Schweigen geherrscht. Der im November vorgestellte Haushalt habe überhaupt keine Mittel für den Anbau und die Größenordnung enthalten, obwohl es klare Aufträge seitens des Rates gegeben habe. Dies sei seitens der Verwaltung nicht erfolgt. Das Gespräch im Januar mit dem Ministerium habe sich darauf bezogen, eine Dependance als Erweiterungsbau im Halbtagesbereich durchzuführen. Dann sei im Zuge der Haushaltsverhandlungen ca. 8-12 Tage bevor der Haushalt verabschiedet werden sollte, ein Konzept auf den Tisch gekommen, über das zum ersten Mal diskutiert werden sollte. Man rede hier, nach Meinung der SPD, über eine wichtige, zukunftsweisende Entscheidung für die Gemeinde Heusweiler, wie man sich bildungstechnisch zukünftig aufstellen wolle. Bezüglich des Bedarfs möchte er mitteilen, dass über 40 Kinder aus Heusweiler nach Merchweiler in die Schule gehen würden, da es dort ein Ganztagsangebot in der Gemeinschaftsschule gebe. Also sei ein Bedarf vorhanden. Hinzu komme die Möglichkeit, dass ein bestehendes Angebot auch Nachfrage erzeugen könne. In den umliegenden Ländern habe man die GGTS als Zukunftsprojekt der Schulbildung erkannt. Nur hier im Saarland gebe es eine ideologische Barriere. Die SPD wolle das Angebot erweitern, was im Verwaltungsvorschlag nicht abgebildet sei. Man wolle den Eltern die Wahlfreiheit ermöglichen, sich für das zu entscheiden, was für sie das Beste sei. Dies könne in der heutigen Sitzung kurzfristig nicht entschieden werden. Mit dem Änderungsvorschlag in der letzten Woche habe man bereits mitgeteilt, dass man für viele Fragen offen sei. Man wolle jedoch nicht, dass ein bestehender Standort gefährdet werde. Man vertrete die Meinung, dass der Vorschlag der FDP Offenheit lasse und im nächsten halben Jahr auf die Beine gestellt werden könnte. Zum Haushalt hält er fest, dass die Mittel für den An- und Umbau herausgenommen werden könnten. Die Mittel für die Erweiterung in Holz und die energetische Sanierung in Eiweiler sollten bestehen bleiben. Wenn das Konzept vorliege, mit verlässlichen Zahlen, könne ein Nachtragshaushalt erstellt werden. Er habe keine Zweifel, dass dieser genehmigt werde.

Der Vorsitzende hält fest, dass man inhaltlich unterschiedlicher Meinung sei, was auch in der politischen Landschaft so gewollt sei. Er finde es nur schade, wenn Sachverhalte falsch dargestellt würden. Das vorliegende Konzept sei den Ratsfraktionen am 19. November 2018 vorgestellt und die Zahlen im Januar und Februar in den Haushalt eingearbeitet worden. Seither habe es viele Beratungen auch über diesen Punkt gegeben und dass die angekündigte Beschlussvorlage vor der Haushaltsberatung komme, sei letztendlich nur logisch gewesen. Es handele sich hierbei um einen Grundsatzbeschluss der beinhalte, dass alle weiteren Planungen dem Rat vorgelegt werden müssen. Die Behauptung, dass man seit sechs Jahren wisse, wie groß der Zuzug von Familien sei, sei ebenfalls nicht richtig. Aufgrund des Schulentwicklungsplans im Jahr 2017/2018 habe man



feststellen können, dass man die Kinder im Jahr 2023/2024 in den Schulen der Gemeinde nicht mehr unterbekommen werde.

Herr Manfred Schmidt ergänzt, dass das Konzept nicht wie von Herrn Stefan Schmidt geäußert jetzt erst geboren worden sei, sondern bereits im letzten Herbst in einer gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Schule, Kultur, Soziales und demografische Entwicklung und des Bau- und Verkehrsausschusses präsentiert worden sei. Die Kollegen der SPD haben daran teilgenommen und seien nicht begeistert gewesen. Es sei logisch gewesen, dass irgendwann eine Vorlage komme, die daraus Konkretes entwickeln wolle. Diese liege derzeit vor. Die drei Teile des Konzeptes, die seinerzeit vorgestellt wurden, seien auch in der Vorlage enthalten. Natürlich könne man auch darüber nachdenken, ob man eine GGTS in Heusweiler einführen wolle. Hierzu müsse man jedoch zu erst wissen, ob in Heusweiler entsprechender Bedarf bestehe. Deshalb sei sein Vorschlag, dass zusätzlich aufgenommen werde: „Die Verwaltung wird beauftragt, eine Bedarfsermittlung durchzuführen. Wenn diese Bedarfsermittlung durchgeführt ist, wird sich der Rat damit befassen und daraus die notwendigen Konsequenzen ziehen und Beschlüsse fassen.“ Notfalls könnten die Mittel auch umgeschichtet oder wenn nötig, in einen Nachtragshaushalt einbracht werden.

Der Vorsitzende stellt klar, dass in den letzten beiden Jahren seitens der Verwaltung der Bedarf gegenüber den Eltern, der ABG sowie in den Schulkonferenzen immer wieder angesprochen worden sei. Der an das Schulamt gemeldete Bedarf sei an zwei Händen abzuzählen, was nicht bedeute, dass es den Bedarf in Zukunft nicht geben werde. Nicht richtig sei jedoch, dass der Bedarf nicht abgefragt worden sei. Dies sei in den letzten zwei Jahren immer wieder passiert, worüber auch im Ausschuss für Schule, Kultur, Soziales und demografische Entwicklung und im Rat informiert worden sei.

Herr Hill merkt an, dass aus dem vorliegenden Konzept hervorgehe, dass nach Vorstellungen der Verwaltung am Modell der FGTS künftig festgehalten werden solle, da die bestehenden Betreuungsangebote an allen Standorten gut angenommen würden. Diese würden jedoch gut angenommen, da es keine Alternativen hierzu gebe. Zur Bedarfsermittlung möchte er festhalten, dass das Lehrpersonal seine Lebensplanung (Halbtagsangebot) unter Umständen nicht verändern wolle. Seiner Meinung nach würde daher in Schulkonferenzen diesem Angebot nicht zugestimmt. In Auseinandersetzungen mit berufstätigen Eltern hinsichtlich des Betreuungsangebotes werde deutlich, dass zu wenig Kitaplätze vorhanden seien. Er seinerseits wünsche, dass seine Enkelkinder an einer GGTS ein erstklassiges pädagogisches Angebot hätten, das in Verbindung mit Vereinen und der Kommune entwickelt werden könne und für die Zukunft stehe. Es sollte eine entsprechende Bedarfsermittlung erfolgen und sich nicht nur auf die Meldung vom Kultusministerium verlassen werden. Da das Konzept eine FGTS vorsehe, könne er dieses nicht mittragen.

Herr Luksic möchte auf sachlichem Weg einen Kompromiss finden. Es sei ihm der Hinweis gestattet, dass diese Vorlage am 26.03.19 eingestellt und hierzu relativ schnell die Meinung der FDP geäußert worden sei. Der Blick sollte nach vorne gerichtet werden. Hierbei halte er das Thema der Wahlfreiheit für zentral. Daher müssten, seiner Meinung nach, die Eltern befragt werden. Es sei angedacht, als Ergänzung zu Punkt 4, die Eltern der Grundschul Kinder sowie der Kinder, die

im nächsten Jahr eingeschult werden, zu befragen. Dies müsse erfolgen, bevor man mit einem Bau beginne. Er sei der festen Überzeugung, dass eine Sanierung in Wahlschied schneller und kostengünstiger ausgeführt werden könne. Die einzelnen Optionen sollten kalkuliert und besser geplant werden. Außerdem sollte auch die Option einer Ganztagschule offen gehalten werden. Ob dies an einer Schule sei oder einer FGTS sollte offen gelassen werden. Er hätte gerne seitens der Verwaltung gewusst, wie es mit einem Nachtragshaushalt aussehe. Er bittet darum, eine rationale Entscheidung zu treffen. Des Weiteren beantragt er, über den weitergehenden Antrag zuerst abzustimmen.

Der Vorsitzende teilt mit, es sei ein Nachtragshaushalt zu erstellen, wenn der Saarlandpakt beschlossen werde.

Herr Stefan Schmidt bezieht sich auf die Ausführung von Herrn Redelberger, dass nach der Informationsveranstaltung über das Verwaltungskonzept gesprochen wurde, da eine Diskussion während der Vorstellung nur eingeschränkt möglich gewesen sei.

Der Vorsitzende merkt an, er habe geäußert, dass im Rahmen der Haushaltsberatung darüber auch gesprochen worden sei.

Herr Stefan Schmidt hält fest, dass im Ratsinformationssystem nachvollzogen werden könne, wo die Thematik beraten worden sei. Selbst die Vorlage der Verwaltung sei in der Sitzung des Ausschusses für Schule, Kultur, Soziales und demografische Entwicklung in der vergangenen Woche zu spät eingestellt worden. Hier habe man als SPD gesagt, dass der Haushalt zu wichtig sei, dass der Punkt auf die Tagesordnung aufgenommen werde. Er habe versucht in seiner Rede darzustellen, dass dies keine Zustände seien. Zudem würden die Zahlen fehlen. Er finde den Satz von Herrn Schmidt in der heutigen Debatte sagenhaft, dass man nicht wisse, ob es einen Bedarf an GGTS gebe. So progressiv habe er die CDU in den letzten Jahren noch nicht gehört, da immer die Aussage bestanden habe, dies sei auch vom Bürgermeister in der Ausschusssitzung vertont worden, dass es keinen Bedarf gebe. Dies sei der Grund für die Anträge sowohl von der Partei Die Linke als auch von der SPD im vergangenen Jahr, worauf Anfang 2018 eine Arbeitsgruppe eingerichtet worden sei, um Konzepte zur weiteren Verfahrensweise zu erarbeiten. Diese Arbeitsgruppe sei gestorben, unter anderem weil sie von der Verwaltung nicht entsprechend mit Daten und Fakten unterstützt worden sei. Sie sei von oberster Stelle gestoppt worden. Er habe sich die Zahlen zur GGTS (über 10 Prozent im Landesdurchschnitt) am heutigen Morgen geben lassen. In diesem Jahr mussten Kinder, die an eine GGTS gehen wollten, abgewiesen werden, weil nicht genug Plätze zur Verfügung gestellt werden konnten. Er glaube nicht, dass die Eltern und Kinder in Heusweiler anders seien. Er denke, es sollte eruiert werden, inwiefern die Möglichkeit bestehe, den Eltern zu helfen. Seiner Meinung nach sei es eine sinnvolle Sache, weil es im Nachmittagsbereich beitragsfrei sei. Dies sei beim freiwilligen Angebot nicht so. Deshalb findet er den Änderungsantrag der FDP für pragmatisch, die Mittel für Dilsburg herauszunehmen. Die SPD-Fraktion werde dem Änderungsantrag heute gerne zustimmen.

Frau Heimes-Vogel führt aus, dass es nicht so sei, als hätte die CDU immer Ganztagsangebote abgelehnt. Man habe in der Vergangenheit nicht den Bedarf

gehabt. Der Bedarf komme in der Regel aus der Bevölkerung seitens der Eltern. Diese könnten sich auch artikulieren. Wenn man an dieser Stelle festhalte, man erstelle eine Bedarfsanalyse und befrage die Eltern der zukünftigen Grundschüler, habe die CDU damit überhaupt kein Problem. Dann müsse man entscheiden, wo man das Angebot ansetze. Eine Wahlfreiheit zwischen FGTS oder GGTS werde seitens der CDU nicht abgelehnt. Des Weiteren möchte sie darauf hinweisen, dass auch in der freiwilligen Ganztagschule Lehrer keinen Halbtagsjob hätten, sondern im Nachmittagsbereich involviert seien, da es auch dort pädagogische Angebote gebe.

Herr Flöhl hört heraus, dass es unstrittig sei, dass alle gemeinschaftlich ein Ganztagsangebot für die Grundschule mittragen würden. Dies bedeute nicht, dass die FGTS im Nachmittagsbereich für die Grundschule damit gestorben sei, sondern dass man ein zweites Standbein aufmachen sollte. Dies sollte der erste Beschluss sein. Wie es weitergehe, solle die Bedarfsanalyse zeigen. Er vertrete die Meinung, dass alle Argumente ausgetauscht worden seien und der Grundsatz sein müsste, dass die GGTS in Heusweiler Einzug halten könne.

Herr Zimmer merkt an, dass der Kollege Schwindling in der letzten Sitzung des Ausschusses für Schule, Kultur, Soziales und demografische Entwicklung geäußert habe, dass die „Zwangstagschule“ seitens der CDU abgelehnt werde.

Frau Heimes-Vogel führt aus, diese solle als einziges Modell abgelehnt werden.

Herr Zimmer teilt mit, es sei darüber debattiert worden, das Angebot zu erweitern. Es freue ihn, wenn die CDU ihren Blick erweitere und bereit sei, auch das Bildungsangebot zu erweitern.

Herr Manfred Schmidt beantragt für die CDU-Fraktion eine kurze Sitzungsunterbrechung.

Die Sitzung wird von 19:30 Uhr bis 19:40 Uhr unterbrochen.

Herr Luksic merkt an, dass er einen Antrag zur Geschäftsordnung gestellt habe und der Antrag der FDP-Fraktion der Weitergehende sei und daher über diesen zuerst abgestimmt werden müsse.

Der Vorsitzende fragt, ob er richtig verstanden habe, dass die SPD-Fraktion an ihrem Antrag nicht festhalte.

Herr Zimmer merkt an, dass ein Antrag zur Geschäftsordnung gestellt worden sei und bittet, über diesen zuerst abzustimmen.

Der Vorsitzende führt aus, dass der weitergehende Antrag die Verwaltungsvorlage sei, da im Antrag der FDP nur die Prüfung beantragt worden sei, so dass geringere Kosten als in der Verwaltungsvorlage anfallen. Davon abgesehen habe Herr Luksic geäußert, dass eine Sanierung von Wahlschied günstiger sei. Demzufolge sei der Verwaltungsvorschlag der Weitergehende.

Herr Luksic gibt zu bedenken, dass es im Vorschlag der FDP-Fraktion um einen weiteren Schulstandort gehe, was er für weitergehend erachte. Er bestehe darauf, dass über den Antrag der FDP zuerst abgestimmt werde, da dieser inhaltlich

weitergehend sei.

Der Vorsitzende lässt, da es sich um eine strittige Frage handele, den Gemeinderat entscheiden.

Herr Manfred Schmidt teilt mit, dass er einen Ergänzungsantrag stellen wolle.

Der Vorsitzende teilt mit, dass erst über den Antrag zur Geschäftsordnung abgestimmt werden müsse.

**Beschluss mit 14 Ja-Stimmen (8 SPD/4 FDP/1 NÖL/1 Linke) und 15 Nein-Stimmen (13 CDU/2 UBH):**

Der Gemeinderat beschließt, über den Änderungsantrag der FDP zuerst abzustimmen.

**Somit ist der Antrag abgelehnt.**

Herr Manfred Schmidt habe einen Vorschlag zur Änderung basierend auf dem Beschlussvorschlag der Verwaltung. Hier solle nach der Prioritätenfolge der einzelnen Maßnahmen nachfolgende Ergänzung eingefügt werden:

„Die Gemeindeverwaltung wird darüber hinausgehend einen Bedarf hinsichtlich des Angebotes an Plätzen einer verpflichtenden Ganztagsklasse oder –schule in der Gemeinde Heuweiler zeitnah ermitteln und den Rat hierüber informieren. Bei nachgewiesenem Bedarf wird die Verwaltung beauftragt, wiederum in Abstimmung mit den Schulkonferenzen und dem Bildungsministerium ein geeignetes Konzept zur Einrichtung einer Ganztagsklasse oder –schule zu erarbeiten und die o. g. Planungen entsprechend anzupassen.

Herr Stefan Schmidt beantragt zur Geschäftsordnung, dass einzeln über die 3 Punkte des Verwaltungsvorschlages abgestimmt werde.

Herr Luksic hat noch eine Verständnisfrage.

Der Vorsitzende teilt mit, dass erst über den Antrag zur Geschäftsordnung abgestimmt werde. Er lässt über die beantragte Einzelabstimmung abstimmen:

**Beschluss mit 14 Ja-Stimmen (8 SPD/4 FDP/1 NÖL/1 Linke) und 15 Nein-Stimmen (13 CDU/2 UBH):**

Der Gemeinderat beschließt, über die Punkte 1-3 des Verwaltungsvorschlages einzeln abzustimmen.

**Somit ist der Antrag auf Einzelabstimmung abgelehnt.**

Herr Luksic habe zum Änderungsantrag der CDU eine Frage und zwar, wie der Bedarf ermittelt werden soll und bittet um Präzisierung.

Herr Manfred Schmidt führt aus, dass der Bedarf durch eine Elternbefragung der zukünftigen Schulkinder erfolgen solle.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt der Vorsitzende über den Beschlussvorschlag der Verwaltung unter Berücksichtigung des Ergänzungsantrages der CDU abstimmen:

**Beschluss mit 15 Ja-Stimmen (13 CDU/2 UBH) und 13 Nein-Stimmen (8 SPD/4 FDP/1 Linke) bei 1 Stimmenthaltung (NÖL):**

„Der Gemeinderat beschließt folgenden Grundsatzbeschluss:

Die Gemeinde hält am Modell der Freiwilligen Ganztagschulen im Saarland (FGTS) an allen 3 Grundschulstandorten fest. Die vorhandenen Standorte sollen ausgebaut und modernisiert werden.

Die Prioritäten der einzelnen Maßnahmen werden hierbei wie folgt festgelegt:

1. Neubau der Nachmittagsbetreuung an der Grundschule Holz
2. Erweiterung der Grundschule Heusweiler um 5 Klassenräume
3. Sanierung des Bestandsgebäudes der Dependance Eiweiler und Neubaus der Nachmittagsbetreuung

Die Gemeindeverwaltung wird beauftragt weitergehende Planungen für die o.g. Projekte auszuarbeiten und dem Rat vorzulegen.

Die Gemeindeverwaltung wird darüber hinausgehend einen Bedarf hinsichtlich des Angebotes an Plätzen einer verpflichtenden Ganztagsklasse oder –schule in der Gemeinde Heusweiler zeitnah ermitteln und den Rat hierüber informieren. Bei nachgewiesenem Bedarf wird die Verwaltung beauftragt, wiederum in Abstimmung mit den Schulkonferenzen und dem Bildungsministerium ein geeignetes Konzept zur Einrichtung einer Ganztagsklasse oder –schule zu erarbeiten und die o. g. Planungen entsprechend anzupassen.“

**zu 4 Doppelhaushalt 2019/2020, Vorlage: BV/0153/18**

Der Vorsitzende teilt mit, dass der Haushaltsentwurf im November letzten Jahres erstellt und den Ratsfraktionen zugegangen sei. Seitdem habe es zahlreiche Sitzungen des Personal- und Finanzausschusses und Besprechungen der Fraktionen untereinander, insbesondere der großen Fraktionen gegeben. Er bedankt sich für die intensive Arbeit am Doppelhaushalt 2019/2020. Die Situation in Heusweiler habe sich in den letzten Jahren entschärft. Man sei nach wie vor bedacht im Kommunalen Entlastungsfonds (KELF) aber nicht mehr im Kommunalinvestitionsförderungsgesetz II. Man begleite im Saarlandpakt den 11. Rang von insgesamt 52 Kommunen. Acht Kommunen seien in dem Sondertopf. Es gebe eine Aufteilung der 50 Mio. 30 Millionen würden in die Kredittilgung gesteckt und 15 Millionen erhielten die Kommunen als Investitionszuschuss. Weitere 5 Millionen würden unter den Besten verteilt. Die Grenze der Pro-Kopf-Verschuldung im Kassenkreditbereich sei auf 500 € festgelegt worden. Man sei zwei Plätze dahinter mit einer ca. 750 € Pro-Kopf-Verschuldung. Insgesamt eine doch eher positive Nachricht für die Zukunft. Er möchte ein paar Zahlen zusammentragen und die Öffentlichkeit entsprechend informieren. Man sei derzeit bei geplanten Jahresergebnissen (jeweils gerundete Zahlen) für 2019 als ordentliche Erträge 32,5 Mio. € bei den ordentlichen Aufwendungen 31,7 Mio. €.

d. h. man habe einen Überschuss in Höhe von 800.000 € geplant. Ordentliche Erträge 2020 31,4 Mio. € und ordentliche Aufwendungen 33 Mio. €, d. h. ein Defizit von 1,6 Mio. €. Die Erstellung des Jahresabschlusses 2018 sei derzeit im vollen Gange. Eine aktuelle Prognose gehe hierbei von einem Überschuss von rd. 700.000 € aus. Beschließe der Gemeinderat diesen Überschuss in die Ausgleichsrücklage einzustellen und addiere man den geplanten Jahresüberschuss dann 2019 hinzu, ließe sich das für 2020 geplante Defizit fast vollständig über die dann vorhandene Ausgleichsrücklage auffangen. Die aktuelle Planung gehe auch für die Folgejahre von jährlichen Defiziten aus, die jedoch stets deutlich unter der Fünf-Prozent-Grenze lägen, so dass keine Sanierungspflicht bestehe. Dennoch sei für jede geplante Verringerung der allgemeinen Rücklage eine Genehmigung der Kommunalaufsicht erforderlich. Die aktuelle Haushaltslage der Gemeinde (ein ausgeglichener Finanzhaushalt/defizitärer Ergebnishaushalt/Verringerung der allgemeinen Rücklage) ergebe keine Sanierungspflicht, führe jedoch zu einer Genehmigung ohne weitere Auflagen. Aus laufender Verwaltungstätigkeit gebe es geplante Zahlungssalden 2019 Einzahlungen 30 Mio. € bei den Auszahlungen von 28,5 Mio. €. Hier hätte man einen Überschuss von 1,5 Mio. Euro. 2020 sei es ähnlich 30,8 Mio. € bei den Einzahlungen zu den Auszahlungen von 30 Mio. € ein Überschuss von 800.000 €. Diese positiven Salden seien zunächst dazu zu nutzen, um die Tilgungsraten für die aufgenommenen Investitionskredite, jährlich rd. 1 Mio. € abzudecken. Verbleibe danach ein Überschuss sei dieser bis einschließlich 2019 in voller Höhe zur Rückführung der betroffenen Kassenkredite zu nutzen. Ab dem Jahr 2020 werde es durch die im Saarland-Pakt getroffenen Regelungen zu einer Änderung kommen. Die Übernahme von knapp 50 Prozent der Kassenkreditbestände zum 31.12.2017 durch das Land bedeute für Heusweiler bei einem Bestand von etwa 9 Mio. € Stichtag 31.12.2018 rd. 4,5 Mio. €, die bei der Gemeinde verbleiben würden. Diese seien in einer eigenen Position „Altkassenkredite“ in der Bilanz auszuweisen und voraussichtlich über einen Zeitraum von 45 Jahren zu tilgen. Die jährliche Tilgung würde demnach rund 100.000 € betragen. Nach Abzug dieser Tilgungsrate verbleibende Überschüsse könnten künftig auch zur Finanzierung von Investitionsmaßnahmen herangezogen werden. Zu den geplanten Investitionen habe man für 2019 Einzahlungen 1,7 Mio. € Auszahlungen 2,7 Mio. € d. h. ein Kreditbedarf von 1 Mio. €. Im Jahr 2020 von 2,5 Mio. € durch Einzahlungen von 1,8 Mio. € und Auszahlungen von 4,3 Mio. €. Die geplante Aufnahme von Investitionskrediten bedürfe der Genehmigung durch die Kommunalaufsicht, die sich hierbei am Krediterlass aus dem Jahr 2015 zu orientieren habe. Im Abstimmungsgespräch am vergangenen Montag sei grundsätzlich Zustimmung signalisiert worden, mit dem Hinweis, die Genehmigung werde unter der Maßgabe erfolgen, dass die Gemeinde im Rahmen ihrer Haushaltsplanungen für die Folgejahre ab 2021 verstärkte Einsparbemühungen zur Verbesserung ihres Investitionssaldos übernehmen müsse. In diesem Gespräch sei zudem darauf hingewiesen worden, dass mit Umsetzung des Saarland-Paktes ein Nachtragshaushalt für das Jahr 2020 aufgestellt werden müsse, da dann die fällig werdenden jährlichen Tilgungsraten für die Altkassenkredite abzubilden seien. Ein paar kurze Einzelmaßnahmen für die Jahre 2019 und 2020 seien zu erwähnen: Zum einen habe man die Nachmittagsbetreuung in Holz angesprochen, die auf breite Zustimmung getroffen sei. Die Kinderzahlen seien zuvor von ihm benannt worden. 1,35 Mio. € für die Erweiterung der Grundschule Heusweiler wäre enthalten für 2019 und in 2020 mit 940.000 €. Das Gesamtinvestitionsvolumen läge natürlich höher. Hier gehe es zunächst um die Planung. Ein Neubau einer Kindertageseinrichtung im Ortsteil

Heusweiler mit 420.000 €. Unter Berücksichtigung der Planung des Schwesternverbandes beabsichtige die Gemeinde im Jahr 2020 das Grundstück, auf dem sich derzeit die evangelische Kita befindet, zu erwerben und an dieser Stelle eine neue sechsgruppige Kita zu errichten. Bei geschätzten Baukosten pro Gruppe von ca. 700.000 € belaufe sich das Gesamtinvestitionsvolumen dann auf rund 4,5 Mio. €. Auch hier seien für die Folgejahre weitere Auszahlungen von 4,2 Mio. € veranschlagt. Dann habe man als große Position den Umbau der Kompostieranlage in eine Grüngutsammelstelle. Dieser Punkt sei ebenfalls auf der heutigen Tagesordnung, mit Auszahlungen von rd. 280.000 €. Die Änderung im EVS-Gesetz obliege der Gemeinde mit der Ertüchtigung des Platzes. Bei der Fertigstellung der Feuerwehrhauptwache seien bezüglich der Neigung des Hangabtrages weitere Kosten beschlossen und im Haushalt eingestellt worden. Zur Erweiterung im Baubetriebshof sei zu sagen, dass die Mitarbeiter in den vorhandenen Räumlichkeiten an ihre Grenzen stoßen. Sollte auch der Stellenplan in der vorliegenden Form beschlossen werden, gehe es um weitere Einstellungen im Bauhofbereich für 2019 5 Stellen und für 2020 4 Stellen und für 2021 4 Stellen, so dass auch dringend Handlungsbedarf bestehe. Dies sei mit einer Auszahlung von 500.000 € veranschlagt. In den Folgejahren 2021-2023 wären dann mit 3 Mio. € die angesprochenen Erweiterungen der Dependance in Eiweiler sowie die Aussegnungshalle in Heusweiler mit 800.000 Euro. Die Projektgruppe Friedhof 2050 habe die entsprechenden Bedarfe ermittelt und festgelegt, an welchen Stellen man Aussegnungshallen behalten wolle und wie diese zu ertüchtigen seien und an welchen Stellen dies nicht mehr gemacht werde.

Er erteilt Herrn Stefan Schmidt das Wort, der im Namen der SPD-Fraktion wie folgt Stellung zum Doppelhaushalt 2019/2020 nimmt:

„Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Mitarbeiter der Verwaltung, liebe Gäste,

der Haushalt ist die wichtigste Aufgabe für den Gemeinderat im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung. Mehr noch als eine Aufgabe ist es die Verpflichtung von uns allen gewählten Mitgliedern des Gemeinderates hier im Raum, sich intensive Gedanken über die zukünftige Entwicklung unserer aller Heimatgemeinde zu machen. Die zukünftige Finanzierung der wichtigen Projekte in der Gemeinde Heusweiler ist die originäre Aufgabe des Gemeinderates, dem wir uns als SPD im Zusammenspiel mit der Verwaltung mit allen anderen Fraktionen und Einzelmitgliedern mit diesem Haushalt gerne wieder gestellt haben. Laut KSVG ist die Gemeinde verpflichtet einen Investitionsplan sowie einen Stellenplan aufzustellen, der die wesentlichen Leitlinien für die kommenden beiden Jahre und weit darüber hinaus setzt. Die Rahmenbedingungen werden hierfür jedoch immer knapper und schwieriger. Die Auswirkungen der Schuldenbremse, die ich an dieser Stelle als Investitionsbremse verstehe, stellen uns als ehrenamtlich tätige Kommunalpolitiker vor wachsende Herausforderungen. Vor allem der Bund ist hier gefragt, endlich ernsthaft deutlich zu machen, dass Strukturhilfen für Kommunen im Saarland ankommen müssen. Die SPD-Fraktion fand es deshalb richtig, Herr Redelberger, dass sie mit den anderen Verwaltungschefs diese Woche nach Berlin gereist sind, um für eine bessere finanzielle Ausstattung der Städte und Gemeinden zu werben und für Gelder aus der Strukturhilfe für den Kohleausstieg einzustehen - dafür vielen Dank von der SPD-Fraktion. Wie auch in den vergangenen Jahren haben eine Arbeitsgruppe aus

SPD und CDU in intensiven und vielfältigen Beratungen einen Vorschlag zu den angesprochenen Pflichtaufgaben gestellt. Wir als SPD wollen als Arbeitnehmerpartei den Kolleginnen und Kollegen, die auf dem Bauhof arbeiten, den Rücken stärken. Die Aufgaben, die der Bauhof bewältigt, sind in den vergangenen Jahren stark gestiegen. Ich weiß, von was ich rede, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe selbst meinen Zivildienst auf dem Bauhof in den Jahren 2004/2005 absolviert. Daher müssen wir den Bauhof personell besser stellen. Das ist auch dem Umstand geschuldet, dass die freien Kapazitäten von Handwerksbetrieben sinken und dementsprechend die Preise für die fremd eingekauften Dienstleistungen steigen. Darüber hinaus ist der Gewässer und Hochwasserschutz ein erhebliches Anliegen der SPD. Dies hat die Gemeinde in den vergangenen Jahren leider vernachlässigt. Wir müssen dafür sorgen, dass Bachläufe gereinigt werden und so die Gefahr eines Rückstaus sinkt. Hier benötigen wir auch zusätzliche Mittel im Haushalt – gerade die Hochwasserprävention nach Starkregenereignissen wird immer wichtiger. Daher sind wir für zusätzliche Stellen im Bereich des Bauhofes, sie haben es angesprochen, Herr Bürgermeister, sehr einverstanden und werden dem Stellenplan heute zustimmen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, der aktuelle Haushaltsentwurf zeigt in vielen Bereichen, welche Aufgaben überhaupt noch als freiwillige Leistungen neben den sogenannten Pflichtaufgaben von den Kommunen bewältigt werden können. Diese Investitionsvorschläge gehen, anders als in den vergangenen Jahren, mehr auf die Forderungen aus den Ortsteilen ein, dies war uns in der Projektarbeitsgruppe aus CDU und SPD besonders wichtig. Diese Investitionen zur Fortentwicklung unserer Gemeinde in den Ortsteilen tragen eine klar, sozialdemokratische Handschrift. Wir stehen zu alledem, was wir gesagt haben. Dies haben wir zusammen mit den Kolleginnen und Kollegen auf der anderen Seite, der CDU, erarbeitet. Vielen Dank dafür! An die Projektarbeitsgruppe bestehend aus den Kollegen Manfred Schmidt, Fritz Michaelis, Reiner Zimmer und Stephen Sauer unsererseits. Uns war aber auch stets wichtig, dass wir die anderen Fraktionen und Einzelratsmitglieder in diesen Prozess mit einbeziehen konnten und von den Arbeitsergebnissen unterrichtet haben. Dazu hat ein Treffen in der vergangenen Woche stattgefunden. Ich darf hier beispielsweise nennen und will das gerne für unsere einzelnen Ortsteile machen. Für den Ortsteil Kutzhof war uns besonders wichtig, dass in 2019 60.000 € für den Platz und 50.000 € für die Herrichtung der Umkleidekabinen eingestellt werden. Dies ist wichtig, weil sich im Ortsteil momentan keine Versammlungsstätte mehr befindet und der FC Kutzhof hier elementarer Bestandteil des Vereins- und Ortslebens in Kutzhof ist. Im Ortsteil Heusweiler war uns besonders wichtig, dass der Ringerverein des AC Heusweiler zur Anschaffung einer neuen Matte 7.000 € erhält. Der Ringerverein, ich bin selbst dort Mitglied, ist ein Verein, der die Gemeinde seit Jahren im Saarland und im Bundesgebiet in der 1. Ringerbundesliga vertritt. Auch den Obst- und Gartenbauverein Heusweiler unterstützen wir mit 7.000 €. Auch das machen wir gerne mit, der sich am Ende der Talstraße befindet. In Eiweiler werden zwei Verkehrsspiegel angeschafft und die Verlängerung des Daches an der Großwaldhalle realisiert. In Obersalbach kommt auf Initiative des Kollegen Flöhl, vielen Dank dafür, eine Überprüfung der Hochwasserzone hinzu. Wir, als SPD, regen an, dies auf die gesamte Gemeinde Heusweiler auszudehnen. Nach Rücksprache mit dem Ministerium ist hierfür eine 90-Prozent-Förderung möglich, so dass wir mit 6.000 € insgesamt auskämen. Dies bitte ich zu prüfen. In Niedersalbach werden Lampen im Nikolaus-Hubert-Weg angeschafft und ein Spielgerät zur Vervollständigung des Spielplatzkonzepts, so dass wir insgesamt



auf 15.000 € kommen oder aber die Mittel, die wir bereitstellen wollen, den Fußballplatz in Wahlschied einzuzäunen, eine wichtige Maßnahme. Leider steigt hier zunehmend der Vandalismus auf der tollen Anlage des Vereins, der diese in großer und ehrenamtlicher Arbeit hergerichtet hat. Ebenfalls in Wahlschied wollen wir 60.000 € für den Kindergarten bereitstellen, um entsprechend dort die Essenssituation für die Kinder in der dortigen Kindertagesstätte deutlich zu verbessern. In Holz war uns als SPD besonders wichtig, dass wir permanent Gelder in Höhe von 2.500 € für den Nachtzug bereitstellen können. Darüber hinaus wollen wir die Aktion Kultur, zu der auch Mitglieder der SPD gerne zu Veranstaltungen gehen, jährlich weiter mit 2.000 € unterstützen. Dies ist nur beispielhaft und hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, vor allem auch mit der Umsetzung der wegweisenden Anträge der SPD-Fraktion in den vergangenen Jahren, hat sich die Gemeinde Heusweiler gut entwickelt. Wir sind eine attraktive Wohngemeinde, verkehrsgünstig gelegen, im Herzen des Saarlandes. Wir müssen als Rat jedoch auch verstärkt darauf achten, dass die von uns vorangetriebenen, beschlossenen und finanzierten Projekte schneller und effizienter vorangetrieben werden. Es sei hier beispielhaft der Neubau der Feuerwehrhauptwache genannt. Ein Antrag der SPD aus dem Jahr 2011. Der nun endlich nach 8 Jahren in Betrieb gehen kann. Andere wichtige Anträge wie das Barbaraensemble oder aber die Hochwasserschutzbecken in Dilsburg und Berschweiler sind finanziert aber leider noch längst nicht umgesetzt oder angegangen. Man kann, Herr Redelberger, als Bürger dieser Gemeinde froh sein, dass dieses Jahr Kommunal- und Bürgermeisterwahlen sind. Endlich bewegt sich etwas, wenn auch nur symbolisch. Wenn wir als SPD hier eine mangelhafte Umsetzung kritisieren, sind nicht die Mitarbeiter der Gemeinde genannt, sondern Sie als Verwaltungschef, der für die Umsetzung maßgeblich zuständig ist. Die wichtigen Investitionen und zukünftigen Herausforderungen sind jedoch diese, die Zukunft unserer Kinder betreffend. Wir haben dazu eben eine spannende Debatte verfolgt, die die einzelnen Konzepte gegenüberstellt. Hier wurden auch etliche Daten und Fakten genannt, die ich an dieser Stelle nicht wiederholen will. Ein rückwärtsgewandtes Konzept der Verwaltung einerseits und unser Antrag, der auf mehr Chancen und ein zusätzliches Angebot für unsere Kinder setzt, mit traurigem Ausgang für die Zukunft der Kinder in unserer Gemeinde. Auch hinsichtlich des Kinderbetreuungsangebotes offenbart Ihr Vorschlag für den Antrag, Herr Redelberger, große Schwächen. Das Projekt Schwesternverband wird nach unseren Informationen nicht kommen können. Der Fairness halber sollten Sie dies vor der Kommunalwahl auch so vertonen. Es gibt für diesen Standort und dieses Projekt keine Förderung. Hier bleibt dieser Haushalt etliche Wünsche schuldig und auch hinsichtlich der Kinderbetreuung offenbart er etliche Schwächen. Das können wir unseren Eltern und Kindern nicht weiter antun in der Gemeinde Heusweiler. Zusammenfassend muss ich feststellen, dass die SPD wegen den mangelnden Zukunftschancen für unsere Kinder dem Haushaltsentwurf in der vorliegenden Form nicht zustimmen wird, verweise aber darauf, dass wir gerne die Investition in die Ortsteile mittragen und würden auch deshalb gerne Einzelabstimmung beantragen. Die SPD-Fraktion bedankt sich nochmals bei allen Kolleginnen und Kollegen, den Mitarbeitern der Verwaltung, stellvertretend möchte ich hier Frau Mack nennen, die immer zur Verfügung gestanden hat und ihre geleistete Arbeit und die konstruktive Zusammenarbeit während den Verhandlungen, vielen Dank.“

Herr Hill nimmt wie folgt zum Doppelhaushalt 2019/2020 Stellung:

„Dies hört sich alles sehr gut an, was wir alles können, was wir alles machen, dennoch sage ich, ich bin mir bei diesem Haushaltsentwurf, als wir den miteinander diskutiert haben, vorgekommen wie bei der Echternacher Springprozession, zwei Schritte vor, einer zurück. Das Tollste war, als man uns dann plötzlich zu Beginn einer Sitzung mitteilte, Investitionen können wir keine machen, weil, wir kein Geld für Investitionen bekommen. Da haben wir alle ganz schön blöd aus der Wäsche geschaut. Lieber Kollege Stefan Schmidt, wenn du dann schon sagst, dass die Schuldenbremse dir so schlecht bekommt, große Koalition, Land und Bund, mehr kann ich nicht sagen. Da werde ich einfach darum bitten, dass man das auf einen Weg bringt, der uns wieder in die Lage versetzt, zu handeln. Aber trotzdem möchte ich an die SPD und CDU Danke sagen, dass sie das Verhandlungsergebnis mit uns nochmals diskutiert haben, uns nochmals darüber unterrichtet haben, damit habt ihr uns Kleinen natürlich wesentliche Dinge der Arbeit abgenommen. Es bedeutet allerdings, wenn ihr heute nicht zustimmt, dass eure Arbeit zum Teil für die Katz war, denke ich einmal. Mal sehen, was nachher dabei herauskommt. Ich möchte mich grundsätzlich dafür bedanken, dass ihr dem Petitem, das wir, die Linke, hatten, im zukünftigen Haushalt die Ortsteile wieder stärker zu bedenken, zustimmt. Das war in Teilen möglich, nicht in Gänze und ich glaube, das ist wichtig, denn die Gemeinde lebt durch ihre Ortsteile und die Ortsteile leben durch die Verwaltung, die Gemeinde und durch uns. Ich glaube, da müssen wir in Zukunft noch ein bisschen nachlegen. Unverschämte fand ich allerdings, das uns das Land in der Beziehung relativ im Stich gelassen hat und jetzt vage ankündigt, ihr könnt den Haushalt ja so einreichen, mit dem Hinweis, wenn ihr das so macht und wenn ihr dann im Jahr 2021 bestimmte Dinge nach unserem Gutdünken erledigt, dann können wir den Haushalt so genehmigen. Ich weiß nicht, wer in diese Glaskugel von 2021 jetzt schauen will. Eine Gemeinde muss weiterentwickelt werden. Ich glaube, dessen sind wir uns alle bewusst und das versuchen wir auch, mit gemeinsamen Kräften, aber das geht nur, wenn wir auch für die notwendigen Dinge, die zu schaffen sind, auch die notwendigen Mittel zur Verfügung haben. Wenn man die Hitparade, die der Bürgermeister vorgetragen hat, wie man sich weiterentwickelt habe hört, glaube ich, haben wir unsere Hausaufgaben gut gemacht und werden dann trotzdem schlechter gestellt, als diejenigen, die sie nicht so gut gemacht haben. Das ist falsch, denke ich. Eigentlich hätten wir damals, als die Mitteilung von unserer Kämmerin kam, wir bekommen keine Investitionen oder Investitionskredite genehmigt, eigentlich sagen müssen, wir werfen den ganzen Bettel hin, die brauchen uns nicht mehr, dann sollen sie alles alleine machen. Das haben wir nicht gemacht. Wir haben uns gemeinsam hingesetzt und sind wieder – Echternacher Springprozession – nachdem wir einen Schritt nach vorne gemacht haben, wieder zwei Schritte zurückgegangen und haben uns bemüht, den Haushalt so zu organisieren, dass es funktionieren könnte. Ich hoffe, dass wir zu einem Ergebnis kommen. Aber ich sage ganz deutlich, nachdem das mir mit den Grundschulen so vage ist, wäre ich eher mit dem Antrag der FDP gegangen und hätte gesagt, wir nehmen die Mittel raus und besinnen uns einer neuen Geschichte. Aus dem Grund werde ich mich heute Abend beim Haushalt enthalten.“

Herr Manfred Schmidt nimmt für die CDU-Fraktion wie folgt Stellung zum Doppelhaushalt 2019/2020:

„Sehr geehrte Damen und Herren, lieber Bürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste hier im Saal,

wir wollen heute den Haushalt für die beiden Jahre 2019 und 2020 beschließen. Damit schaffen wir die Grundlage für das politische Handeln in den beiden Jahren und geben der Verwaltung eine Richtschnur an Hand. Wie immer im Aufstellungsverfahren haben wir in etlichen Sitzungen des Personal- und Finanzausschusses den Gesamthaushalt und seine Teilhaushalte vorberaten. Zusätzlich dazu hat sich eine Arbeitsgruppe der Fraktionen von CDU und SPD nochmals zusammengesetzt und in mehreren Gesprächsrunden alle Teile des Haushaltes durchgearbeitet und auch entsprechende Änderungsanträge formuliert und eingebracht. Ich möchte aber auch betonen, dass rechtzeitig vor der heutigen Haushaltsverabschiedung die anderen Fraktionen und Einzelmitglieder des Rates von uns zu einem Informations- und Gesprächsabend eingeladen wurden. Außerdem sind die allermeisten Änderungsanträge der Arbeitsgruppe in der letzten Personal- und Finanzausschusssitzung bereits in den Haushalt eingearbeitet und dort auch abgesegnet worden. Zur Aufstellung des Haushaltes selbst, was die CDU-Fraktion in ganz erheblichem Maße geärgert hat, waren die vom Landesverwaltungsamt ursprünglich vorgegebenen Beschränkungen, im Hinblick auf den Spielraum beim Kreditrahmen für unsere Kommunen. Wir sind seit Jahren, im Gegensatz zu anderen Kommunen, dabei, jede Maßnahme dreimal zu überdenken, bevor wir sie angehen. Wir haben in einigen Jahren bei Haushaltsaufstellungen freiwillige Leistungen im Einhundert-Euro-Bereich diskutiert und teilweise auch gestrichen. Wir haben alles Mögliche getan, um Gelder einzusparen, aber wir haben als Rat und Verwaltung dafür gesorgt, dass sich unsere Gemeindefinanzen erholt haben. Die Liquiditätskredite konnten in den vergangenen Jahren stetig verringert werden. Wir sind mittlerweile nicht mehr dazu verpflichtet, einen Haushaltssanierungsplan aufzustellen und haben uns im Ranking der saarländischen Kommunen nach vorne gearbeitet. Der Haushalt an sich, so wie im Doppelhaushalt 2015/2016 die Investitionen für unsere Feuerwehren im Mittelpunkt standen, so liegt jetzt der thematische Schwerpunkt eindeutig auf Kitas, Schulen und freiwilligen Ganztagschulen, denn hier gibt es erhöhten Bedarf und hier müssen wir handeln. Der Bürgermeister hat rechtzeitig reagiert und mit seiner Verwaltung bereits im Herbst letzten Jahren ein Konzept für Investitionsmaßnahmen in diesem Bereich erarbeitet. Das Konzept wurde damals den Fraktionen vorgestellt und wird von der CDU-Fraktion unterstützt. Wir werden Geld einstellen, für einen Neubau der Nachmittagsbetreuung an der Grundschule in Holz, für die Erweiterung der Grundschule in Heusweiler, sowie die Sanierung des Gebäudes der Dependance in Eiweiler und des Neubaus der dortigen Nachmittagsbetreuung. Auch in die Gebäude unserer Kitas soll investiert werden. Hier wollen wir Gelder für einen Neubau in der Heusweiler Ortsmitte und die Erweiterung der katholischen Kindertageseinrichtung in Heusweiler einstellen. Daneben investieren wir auch in den Erhalt der bestehenden Kindertageseinrichtungen. Bildung im vorschulischen und schulischen Bereich steht für die CDU-Fraktion an erster Stelle. Gerade in Zeiten, in denen neue Wohngebiete erschlossen werden und unsere Gemeinde auch wieder wachsen wird, sind die Investitionen umso notwendiger. Aber, wir investieren auch in andere Bereiche. Die Feuerwehrführung hat ihre Haushaltsforderung den Fraktionen wiederum vorgestellt und sehr vieles davon findet sich im Haushalt wieder. Für Bauhof und Fuhrpark der Gemeinde müssen Mittel eingestellt werden, genauso, wie für unsere Straßen und Plätze und natürlich für unsere Friedhöfe. Betrachten wir den Gesamthaushalt 2019/2020 genauer und kommen zu den konkreten Zahlen. Laut Haushaltsentwurf werden sich in 2019/2020 die Schlüsselzuweisungen vom Land voraussichtlich positiv entwickeln, was natürlich die Haushaltslage der Gemeinde

verbessern würde. Im Bereich der Aufwendungen bzw. der Auszahlungen für die Unterhaltung und Bewirtschaftung der Grundstücke und Gebäude ist ein erheblicher Anstieg zu verzeichnen, was von den Maßnahmen ausgeht, die zur Beseitigung der Schäden durch die Starkregenereignisse des Jahres 2018 nun in diesem Haushalt anstehen. Bei den Aufwendungen und Auszahlungen sticht auch diesmal, wie könnte es anders sein, die Regionalverbandsumlage hervor. Die Zahlen variieren zwar von Doppelhaushalt zu Doppelhaushalt, aber die Richtung ist immer die gleiche, nach oben. Im Jahr 2019 ist der Anstieg mit 50.000 € noch recht moderat, um dann im Jahr 2020 mit einer voraussichtlichen Erhöhung um 800.000 € äußerst drastisch auszufallen. Der Anteil der Regionalverbandsumlage an den Auszahlungen beträgt für die Jahre 2019 und 2020 jeweils fast 40 Prozent und beraubt uns eines großen Teils unserer Spielräume. Das ausgewiesene ordentliche Jahresergebnis im Gesamtergebnishaushalt schließt im Jahr 2019 mit einem Überschuss in Höhe von 798.000 €, hervorgerufen durch einen einmaligen Effekt in Form der Veräußerung des Schwimmbadgeländes und im Jahr 2020 mit einem Fehlbetrag in Höhe von 1.584.000 € ab. Im Investitionshaushalt der Gemeinde sind sämtliche Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten aufgeführt. Im Jahr 2019 beläuft sich der Saldo auf 1.680.080 € und im Jahr 2020 auf 2.549.000 € jeweils im Minusbereich natürlich. Ausgehend von einem angenommenen Kredit von einer angenommenen Kreditobergrenze von 1,182 Mio. € für die jeweiligen Jahre 2019 bis 2023 haben wir eine Gesamtobergrenze von 5,91 Mio. € bei einem Gesamtkreditbedarf von 5,8 Mio. €. Viel Luft war also nicht mehr. Dennoch haben die Fraktionen von CDU und SPD bei ihren Gesprächen vereinbart, einige zusätzliche Maßnahmen in den Haushalt einzubringen und dabei ein verstärktes Augenmerk auf die Anträge der Ortsräte zu legen, die in den vergangenen Jahren wenig oder gar keine Berücksichtigung finden konnten. Die Änderungsanträge von CDU und SPD zu dem Ergebnishaushalt als auch im Investitionshaushalt wurden zwar schon eingearbeitet, sollten aber dennoch mal genannt werden. Die Anträge im Ergebnishaushalt lauten wie folgt: Anschaffung zweier Verkehrsspiegel in Eiweiler 2.000 € in 2019, Verbesserung der Zuwegung zum Clubheim des VfB Heusweiler 14.000 € in 2019, Sanierung der Toilettenanlage im Dorfgemeinschaftshaus, dort ist noch die alte Toilettenanlage vom Grundsatz her drin, 20.000 € in 2020. Zuschuss an den Obst- und Gartenbauverein in Heusweiler zur Teilerneuerung ihrer Anlage 7.000 € in 2019 und zur Hochwasserschutzberatung von Obersalbach, da hat der Kollege es eben auch richtig gesehen, 6.000 €, weil es eben die 90 % Zuschuss vom Ministerium gibt. Bezuschussung des Vereins Aktion Kultur für das Projekt der musikalischen Frühförderung in den Grundschulen unserer Gemeinde 2.000 € sowohl in 2019 als auch in 2020. Bezuschussung der Verkehrssicherungsmaßnahmen des Holzer Nachtumzuges 1.500 € in 2019, da es schon einen Zuschuss von Seiten des Landes in Höhe von 1.000 € gab und 2.500 € in 2020. Die Anträge von CDU und SPD im Investitionshaushalt: Bauliche Veränderungen an der Kindertagesstätte in Wahlschied – die Maßnahme wird von uns als notwendig angesehen, da die Kinder keinen separaten Raum haben, um ihr Essen einzunehmen – 55.000 € in 2020, Einbau einer neuen Toilettenanlage im 1. OG im Haus der Vereine in Heusweiler, ein schon mehrfach aufgeführter Wunsch des Ortsrates Heusweiler, 10.000 € in 2019 Ausbau Spielplatz am Bürgerhaus und bei den Allwiesen in Niedersalbach in Form von Spielgeräten 10.000 € in 2019 sowie die Beleuchtung des Nikolaus-Hubert-Weges in Niedersalbach 5.000 € auch im Haushaltsjahr 2019. Dann der Verbindungsweg zwischen der Heusweiler Straße und der Straße am Bröhling in Holz, ist eine besondere Situation – der

Pachtvertrag wurde nochmals für ein Jahr bis Ende 2019 verlängert, im Raum steht jedoch ein Ankauf der Fläche im Jahr 2020. Bei einem Ankauf muss auch ein Sichtschutz installiert werden, so will es der jetzige Eigentümer. Der Weg ist für die Anwohner des Wohngebietes Am Bröhling von großer Bedeutung, da sie sonst einen kilometerlangen Umweg zur Erreichung der Ortsmitte in Holz bewältigen müssen, 17.500 € für den Erwerb der Wegfläche sowie 12.500 € für den Sichtschutz beides im Jahr 2020, Zuschuss an den AC Siegfried Heusweiler zur Anschaffung einer neuen Ringermatte. Der AC Siegfried Heusweiler ist neben den Holzer Volleyballerinnen eines der Aushängeschilder unserer Heusweiler Sportfamilie und ich denke, da kann man einem solchen Antrag auf Unterstützung zustimmen 7.000 € in 2019. Unterstützung für die Einzäunung des Sportplatzes in Wahlschied. Die Einzäunung ist dringend notwendig, da der Sportplatz für jeden frei zugänglich ist und er Missbrauch immer stärkere Ausmaße annimmt, unter anderem wird dieser auch mit Mopeds und Quads befahren, 27.000 € im Jahr 2019 sowie den Zuschuss an den FC Kutzhof zum Bau eines Kleinspielfeldes, um einen geordneten Trainingsbetrieb durchführen zu können. Der Verein hat sich in den letzten Jahren komplett neu aufgestellt und ist auf einem weiteren guten Weg. Dieser hat mittlerweile neben einer ersten und zweiten Mannschaft auch wieder eine Jugendmannschaft und eine Frauenmannschaft am Start, 60.000 € in 2019, Zuschuss an den FC Kutzhof, für die Grundsanierung der Kabinen. Die Maßnahme ist absolut notwendig, um weiterhin das Clubheim als solches nutzen zu können, 50.000 € in 2020.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, bereits im Haushaltsentwurf wurde die imaginäre Kreditobergrenze von 1,182 Mio. € pro Haushaltsjahr fast erreicht. Mit den zusätzlichen Anträgen von SPD und CDU sind wir nun knapp unterhalb der Kreditobergrenze gelandet. Ursprünglich sollten wir in den beiden Haushaltsjahren 2019 und 2020 sogar eine Null-Kreditgrenze einhalten, was jedoch dazu geführt hätte, dass viele Maßnahmen nicht in die Umsetzung gekommen wären. Deshalb hat der Bürgermeister gemeinsam mit Herrn Ringe und Frau Mack ein Gespräch mit der Kommunalaufsicht des Landesverwaltungsamtes geführt, mit dem Ziel, dass der Haushalt in der nun vorliegenden Form eine Genehmigung findet. Gute Nachricht ist, der Bürgermeister hat es ja auch schon gesagt, die Kommunalaufsicht hält den vorliegenden Haushalt für genehmigungsfähig. Deshalb darf ich an dieser Stelle ein Lob an die Drei loswerden – das haben Sie gut gemacht. Zum Abschluss bitte ich Sie um Zustimmung für den Doppelhaushalt 2019/2020. Die SPD hat ja eben erklärt, sie wird dem Haushalt nicht zustimmen, was ich nicht so ganz verstehe, aber ich bitte alle anderen Mitglieder des Rates um Zustimmung zum Doppelhaushalt 2019/2020 mit den beantragten Änderungen. Wie immer geht ein Dankeschön an unsere Kämmerin, Frau Mack, die immer für Rückfragen und Gespräche zur Verfügung gestanden hat, aber auch an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, die in die Vorbereitung zum Haushalt eingebunden waren. Ich danke auch meinem Mitstreiter, Herrn Fritz Michaelis, und natürlich den Kollegen von der SPD, Herrn Reiner Zimmer, Stephen Sauer und Stefan Schmidt war ja auch einmal dabei. Vielen Dank dafür. Es war eine ordentliche Verhandlungsrunde. Zum Abschluss will ich sagen, der Haushalt trägt, wenn schon überhaupt, die Handschrift beider Fraktionen.“

Es folgt die Stellungnahme der FDP-Fraktion zum Doppelhaushalt 2019/2020 durch Herrn Krebs:

„Liebe Kolleginnen und Kollegen im Rat, sehr verehrte Damen und Herrn Gäste,

zunächst möchte ich mich bei Ihnen bedanken, dass sie mit soviel Geduld dieser trockenen Materie, die aber zentral ist, für das Funktionieren der Gemeinde, zuhören. Wir haben schon viele Zahlen gehört, ich will mich, mit gerundeten Zahlen, relativ kurz fassen. Im Ergebnishaushalt werden wir, nach der Planung des jetzigen Haushaltsentwurfes einen Saldo für 2019 von rund + 800.000 € haben für 2020 - 1,6 Mio. €. Im Finanzhaushalt sieht es umgekehrt aus 2019 – 500.000 € und 2020 + 1,7 Mio. €. Die Investitionen werden uns 2019 1 Mio. 2020 2,25 Mio. € kosten. An Kassenkrediten, es heißt heute korrekt Kredite zur Liquiditätssicherung, werden wir 2019 13 Mio. € und 2020 12 Mio. € benötigen. Das hat zur Folge, dass in den beiden Kalenderjahren die Rücklagen in Anspruch genommen werden müssen, zunächst 2019 die Ausgleichsrücklage mit knapp 800.000 €, ich nehme an, Frau Mack, diese ist dann aufgezehrt. (Frau Mack erläutert, dass die Haushaltssatzung zwischenzeitlich geändert wurde, d. h. es muss in voller Höhe auf die allgemeine Rücklage zugegriffen werden, weil ein Beschluss des Gemeinderates über die Bildung der Ausgleichsrücklage erforderlich sei.) In 2020 dann wieder knapp 8.000 € - das meine Damen und Herren heißt, wir leben von der Substanz. Nicht mehr in dem großen Maße, wie in den vergangenen Jahren, aber immer noch. Zu den Investitionen in die verschiedenen Ortsteilen, da haben meine Vorredner Stefan Schmidt und Manfred Schmidt ja sehr ausführlich dazu gesprochen. Ich will mich da kurz fassen. Mit vielen dieser, in den Haushalt eingearbeiteten Investitionen in den Ortsteilen, kann die FDP-Fraktion mitgehen, trotzdem hätten wir uns mehr Zurückhaltung gewünscht. Ich will nur ein Beispiel aufgreifen, ohne damit irgendeinen Ortsteil besonders herausheben zu wollen. Wir halten es für ausgesprochen fraglich, ob der Sanierung der Toilettenanlage im Dorfgemeinschaftshaus Holz Priorität eingeräumt werden sollte, solange ein barrierefreier Zustand nicht hergestellt ist. Wohlgemerkt, ein barrierefreier Zugang, der gesetzlich geboten ist. Was die Zuwendungen seitens der Gemeinde anbelangt, keine Einwände, aber wir haben hier noch immer keine Richtlinie, alle Maßnahmen müssen einzeln diskutiert werden. Wir würden uns wünschen, dass der neu zu wählende Gemeinderat hier zu klaren Grundsätzen kommt, nach denen in Zukunft verfahren werden kann. Was die Zurückhaltung die Annahmen bei den Ausgaben anbelangt, ist auch der Tatsache geschuldet, dass nach den beiden Großprojekten der vergangenen Jahre, sprich Hauptfeuerwache in Hirtel, Barbaraensemble in Kutzhof, weitere dringende Großprojekte auf die Gemeinde zukommen, die realisiert werden müssen. Über den Grundschulbereich haben wir ja vorhin ausführlich diskutiert, aber dies wird auch bei den Kindergärten so sein. Dafür werden wir sehr viele Mittel brauchen. An dieser Stelle möchte ich mich an die Gäste im Saal wenden, falls Sie der Meinung sein sollten, der Personal- und Finanzausschuss sei das richtige Gremium um die Haushaltskonzeption zu erstellen, muss ich Sie etwas enttäuschen, zumindest teilweise, denn was ich in den vergangenen Jahren angemahnt habe, gilt auch in diesem Jahr. CDU und SPD arbeiten die Investitionen, die über den Vorschlag der Verwaltung hinaus in den Haushalt eingearbeitet werden sollen, untereinander aus. Herr Stefan Schmidt hat es schön formuliert, man war so gnädig die kleineren Fraktionen und Einzelmitglieder des Rates zu unterrichten. Mit anderen Worten, es findet keine breite Diskussion im dafür vorgesehenen Ausschuss statt, sondern arbeitet das am Hinterzimmertisch aus. Das ist nicht gerade demokratisch. Was den Stellenplan anbelangt, so sind für die nächsten Jahre, nicht nur 2019 und 2020 deutliche Ausweitungen im Bereich des Bauhofes

vorgesehen. Das erscheint auch der SPD-Fraktion sinnvoll, da es immer schwieriger wird, Handwerker für kleine Aufträge zu finden. Wenn man welche findet, werden diese Arbeiten mit sehr langen Fristen und sehr hohen Kosten ausgeführt. Da erscheint es uns vielversprechend, mit eigenen Fachkräften des Bauhofes solche Dinge selbst, rasch und zu geringeren Kosten umzusetzen. Was die Investitionen im Bereich der Grundschulen anbelangt, das haben wir im vorigen Tagesordnungspunkt ausführlich diskutiert, mit einem für die FDP ausgesprochen enttäuschenden Ergebnis. Es hat keine Beratung der vorgelegten Planung der Verwaltung stattgefunden. Weder im Bau- und Verkehrsausschuss noch im für die Finanzierung zuständigen Personal- und Finanzausschuss, das ist eine Luftnummer, die hier heute beschlossen worden ist. Was im Haushalt komplett fehlt, ist der Bereich der Kindertagesstätten. Grund dafür ist die Tatsache, dass Investitionen in diesem Bereich nicht den Einschränkungen der Haushaltsgenehmigung durch das Landesverwaltungsamt unterliegen. Der Neubau von Kitas ist aber aus Sicht der FDP-Fraktion am dringendsten. Hier wird in den vergangenen Jahren seitens der Verwaltung einfach der Mangel organisiert, auch die kleine Kita Lummerland ist nur ein Tropfen auf einen sehr großen und sehr heißen Stein, will sagen, die Gemeinde Heusweiler, die sich kinderfreundlich nennt, hat hier die Eltern sehr lange im Regen stehen lassen. Die FDP-Fraktion hat hierzu den Vorschlag unterbreitet, eine rasche Verbesserung der Situation, durch Einrichtung einer Kita auf der Basis von Containern zu errichten. Sie dürfen, meine Damen und Herren Gäste, nicht an Baucontainer oder ähnliches denken. Diese Container bieten vollwertige und komfortable Betreuungsmöglichkeiten. Ihr Vorteil ist die kurze Bauzeit, um dem Engpass im Kita-Bereich möglichst schnell abhelfen zu können. Sie können sich das gerne in der Gemeinde Wadgassen anschauen, wo jetzt seit 6 Jahren ein Kita-Komplex steht, der zuerst als Kindergarten, dann zwei Jahre als Grundschule und jetzt wieder als Kindergarten dient. Die FDP erwartet hier von der Verwaltung endlich eine rasche Entscheidung im Rat herbeizuführen, um damit den Eltern schnell einen Betreuungsplatz anbieten zu können, denn 150 Kinder in der Gemeinde haben keinen Platz. Hier muss endlich Substantielles passieren, das ist ein unhaltbarer Zustand. Meine Damen und Herren, Zukunft der Gemeinde heißt Bildung, Bildung, Bildung für unsere Kinder. Seit Jahren ist hier sehr viel geredet und nur sehr wenig getan worden. Was die Haushaltsberatungen angeht, darf ich mich gerne meinen Vorrednern anschließen. An Frau Mack und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auch an die gesamten Mitarbeiter der Verwaltung, die beteiligt waren, an der Erstellung des Haushaltes geht unser aller Dank. Abschließend, die FDP-Fraktion bedauert den eben gefassten Grundschulbeschluss, da wir ihn für grundlegend falsch halten, aber vor allem wegen der weiter offenen Kita-Frage kann die FDP-Fraktion dem Haushalt nicht zustimmen. Vielen Dank.“

Herr Hill möchte ergänzen, dass er es nicht Recht gefunden habe, dass die beiden großen Fraktionen letztendlich miteinander über den Haushalt verhandelt haben. Es sei zu monieren, dass die kleinen Fraktionen nicht beteiligt worden seien, obwohl diese eine Beteiligung angeboten hätten. Er glaubt, dass der Öffentlichkeit bekanntgeworden sei, dass man sich in dem letzten Gespräch kritisch geäußert und auch inhaltlich mit den Haushaltsabsprachen der beiden großen Fraktionen befasst habe. Die Ausnahme sei die UBH gewesen, da sie am Abschlussgespräch nicht teilgenommen habe. Der Verwaltung, Frau Mack und allen Beteiligten, möchte er seinen herzlichen Dank für die gute Arbeit aussprechen.

Herr Flöhl nimmt wie folgt zum Doppelhaushalt 2019/2020 Stellung:

„Der Haushalt aus Sicht der NÖL, hat eigentlich für uns einen guten Ansatz gehabt, dass vor allem die meisten Investitionen in Richtung Zukunft gehen. Wir haben schon Haushalte verabschiedet, da ging es vor allem um Hunderttausende für Friedhöfe, wo wir sagen, die Investition geht eher nach hinten anstatt nach vorne. Von daher ist der Ansatz nach Überlegung der NÖL richtig. Schlimmer wiegt für mich die Tatsache, dass die Gemeinde in den letzten Jahren sehr stark und sehr gut gespart hat. Dies zeigt auch das Ranking. Jetzt werden wir im Grunde genommen dafür abgestraft hinsichtlich der weiteren Konsolidierung und der Finanzen, die wir eigentlich vom Land bekommen könnten. Im Grunde genommen müssen wir immer noch mehr drauflegen, obwohl wir hier gut gearbeitet haben. Positiv sind aus unserer Sicht auch die letzten Debatten mit Blick auf die Ökologie und die Natur gelaufen, speziell beim innerörtlichen Ausbau. Zwar sind wir noch nicht auf dem Punkt, wo ich von meiner Position aus sagen könnte, wir sind immer einer Meinung, aber dass die Diskussion stärker stattfindet und es mehr Vorlagen von der Verwaltung gibt, die diesen Aspekt berücksichtigen, das finde ich sehr gut und halte es für den richtigen Weg. Hier müsse man am Inhalt noch weiter arbeiten. Das nächste ist das Thema Hochwasser, hier finde ich gut, dass die SPD darauf nochmal eingegangen ist. Danke, dass für Obersalbach, wo ich herkomme, 5.000 € bewilligt worden sind. Ich würde mir wünschen, dass in Zukunft in den anderen Ortsteilen dies ähnlich angegangen wird, da es überall ein Thema ist. Für uns als Gemeinde ist bitter, dass die größere Beckenplanung konterkariert werde. Das es nicht voran geht, sodass die Becken geplant werden können und die vorhandenen Planungen im Sande verlaufen sind. Abschließend möchte ich sagen, dass der Jugend die Zukunft gehört. Dies zeigt die Bewegung „Fridays for Future“, die eigentlich „Everyday for Future“ heißen müsste. Ich habe gehofft, mit der heutigen Diskussion bezüglich der Grundschulen ein Stück weiter zukommen. Bei Äußerungen, wenn mein Antrag nicht genommen wird, dann will ich vielleicht auch den Rest nicht mehr, frage ich mich, wie die Arbeit, die man über Wochen oder Monate geleistet hat, einfach so weggeworfen werden kann. Auf der anderen Seite muss ich mich fragen, wenn dies an einzelnen Worten scheitert, wie ich hier abstimmen soll und auf welcher Grundlage der Haushalt im Vorfeld diskutiert wurde. Es geht ja um ein Vorankommen. Wenn die Diskussion vom Wahlkampf so stark geprägt ist, dass man die Arbeit aufgibt, finde ich es fragwürdig. Eigentlich hatten wir den Plan zuzustimmen, ich bin jedoch verunsichert. Vielleicht werde ich mich enthalten.“

Der Vorsitzende erteilt Herrn Ringe das Wort.

Dieser führt aus, der Stellenplan 2019/2020 als Anlage zum Haushalt, habe sich im Vergleich zum vorherigen Stellenplan bei der Gesamtzahl der beschäftigten Mitarbeiter deutlich verändert und zwar um 26 Stellen. Auf den ersten Blick sei dies im vorliegenden Stellenplan nicht ersichtlich, da aufgrund des Haushaltserlasses von 2018 ab sofort Stellen nur noch als Vollzeitäquivalent ausgewiesen werden dürfen. Eine Teilzeitkraft, die mit 19,5 Wochenstunden arbeitet, werde ab sofort nur noch mit dem Faktor 0,5 ausgewiesen, während dieselbe Stelle früher mit 1,0 ausgewiesen worden sei. Dies hänge damit zusammen, um die Stellenpläne der einzelnen Gemeinden besser miteinander vergleichen zu können. Bezüglich der wichtigsten Änderungen teilt er mit, dass im



Bereich der Bauverwaltung seitens der Verwaltung beabsichtigt werde, aufgrund der vermehrten eigenen Planungsleistungen, eine neue Stelle für einen Ingenieur zu schaffen. Bei der Gebäudeverwaltung werden im Reinigungsbereich vier neue Stellen geschaffen. Die Verwaltung sei froh, die Reinigung sämtlicher Gebäude mit eigenem Personal ausführen zu können und nicht auf private Reinigungsfirmen zurückgreifen zu müssen. Im Einzelnen seien dies eine Stelle für die Reinigung der Kita Kutzhof, aufgrund der baulichen Erweiterung, eine Stelle für die Kita Lummerschied und eine Stelle für die neue Feuerwehrhauptwache in Hirtel sowie für den Neubau der Feuerwache in Kutzhof, die auf der Basis von Minijobs erfolgen sollen. Aufgrund der Erhöhungen bei den Betreuungsstunden werden drei neue Erzieherstellen geschaffen. Durch die Veränderung im Schlüssel bei der Genehmigung der Hauswirtschaftsstunden seien bereits zwei neue Hauswirtschaftskräfte zum Jahresbeginn 2019 eingestellt worden. Die Neueinrichtung der Kita Lummerschied erfordere die Einstellung von zwei Kinderpflegerinnen, 4 Erzieherinnen und einer Hauswirtschaftskraft. Für den Baubetriebshof habe sich der Personal- und Finanzausschuss dafür ausgesprochen, im aktuellen Jahr fünf neue Facharbeiterstellen zu schaffen. Im Jahr 2020 sollen dann vier weitere Facharbeiter eingestellt werden. Damit wachse die Verwaltung um 26 neue MitarbeiterInnen, mit dem Schwerpunkt Baubetriebshof und Kindertagesstätten. Zu den Personalkosten sei zu sagen, dass sich diese für das aktuelle Haushaltsjahr auf voraussichtliche 9,69 Mio. € erhöhen und bilden damit rund 1/3 der Ausgaben im Haushalt ab. Im abgelaufenen Jahr 2018 betragen die Personalkosten insgesamt 8,84 Mio. €, dies bedeute eine Kostensteigerung von etwa 850.000 €. Hiervon entfallen etwa 250.000 € auf die aktuelle Tarifsteigerung im TVöD, die durchschnittlich 3,09 Prozentpunkte betrage.

Auf Nachfrage von Herrn Zimmer, dass die Stellen im Bauhof über drei Jahre aufgesplittet seien, teilt Herr Ringe mit, dass er nur auf den Doppelhaushalt 2019/2020 eingegangen sei. Für 2021 seien weitere vier Stellen geplant, also insgesamt 13 Stellen für den Bauhof.

Herr Zimmer merkt an, Herr Schmidt als Fraktionssprecher habe bereits mitgeteilt, dass Einzelabstimmung seitens der SPD gefordert werde. Er werde die Anträge der SPD-Fraktion zum Doppelhaushalt 2019/2020 formulieren. Sollte diesen Anträgen entsprochen werden, stimme die SPD-Fraktion dem Haushalt zu. Sollte dies nicht der Fall sein, werde man den Haushalt nicht mittragen. Obwohl man die Oppositionspartei sei, habe man versucht einen sinnvollen und zukunftsweisenden Haushalt für die Gemeinde mitzugestalten. In Bezug auf das Schulkonzept sei es nicht gelungen, Einigkeit zu erzielen, was dem unterschiedlichen Meinungsbild geschuldet sei. Dennoch möchte er sich, auch im Namen von Herrn Sauer, bei den Kollegen Michaelis und Schmidt von der CDU bedanken, für die konstruktive Zusammenarbeit während der etlichen Sitzungen, die man zusammen absolviert habe. Es sei in diesem Jahr nicht einfach gewesen, weil immer wieder das, was teilweise besprochen, aufgrund von anderen Fragen, wieder verworfen worden sei. Dennoch sei er der Meinung, dass man in den sonstigen Bereichen vernünftige Ergebnisse erzielt habe. Schade finde er, dass die UBH zuvor weitreichende Entscheidungen mitgetroffen habe, aber sonst zum Haushalt nichts zu sagen habe. Dies sei vielleicht der Tatsache geschuldet, dass der Fraktionssprecher heute nicht anwesend sei.

Er möchte im Speziellen auf den Investitionshaushalt gehen. Die SPD beantragt:

- die Mittel für den Schwesternverband aus dem Haushalt herauszunehmen,

- da die Maßnahme nicht gesichert und in der vorliegenden Fassung nicht umzusetzen sei. Ein Investor dürfe nicht für den Träger bauen, da dies nicht unterstützungsfähig sei, so dass die Mittel nicht benötigt würden.
- die Mittel für Eiweiler, nachdem das Konzept der CDU für die Grundschule verändert worden sei und zuvor Prüfungen stattfinden sollen, was den Erweiterungsbau betreffe, aus dem Haushalt herauszunehmen. Die Maßnahme sei nicht gesichert und nicht beplant und rechtlich nicht zulässig.
  - die Mittel, für den Erweiterungsbau in Heusweiler-Dilsburg herauszunehmen, da die Maßnahme nicht gesichert und somit auch nicht erlaubt sei, weil es im Grunde konzeptionell noch nichts gebe und von der CDU gesagt worden sei, man müsse das Ganze anpassen, wenn die Erhebungen vorlägen. Die Erhebungen werde man am kommenden Tag nicht haben.
  - die Mittel für den Ankauf der Kindertagesstätte stehen zu lassen, diese aber zu sperren. Für den Kindergarten der evangelischen Kirche sollte eine gesonderte Beratung erfolgen, da dies nicht besprochen worden sei und keine Beschlussfassung des Rates zum vorgestellten Konzept bestehe. Da man nicht glaube, dass der Bauträger einen Kindergarten ohne Mittel errichten werde, müsse dieses Konzept neu überdacht werden.
  - ebenso die Mittel für den Ankauf des Pfarrgartens der katholischen Kirche in 2019 bestehen zu lassen, diese aber zu sperren, da es im Zusammenhang mit dem Ankauf des evangelischen Kindergartens zu sehen sei.
  - darüber hinaus, hier bittet er Herrn Manfred Schmidt um Bestätigung, dass beschlossen sei, die Mittel, die für die Erneuerung an verschiedenen Gebäuden die im Unterhaltungshaushalt stehen und für größere Maßnahmen gedacht seien, im Haushalt zu lassen aber nur dann in Umsetzung zu bringen, wenn die Projekte nochmals einzeln in den zuständigen Ausschüssen vorgestellt und in der Vorbesprechung abgesegnet würden. Dies möchte er in den Haushalts-Begleitschreiben aufgenommen haben.

Wenn all dies beschlossen werde, werde die SPD-Fraktion dem Haushalt zustimmen. Wenn nicht oder man der Meinung sei, dass der Haushalt so nicht zu genehmigen sei, werde man dem Haushalt nicht zustimmen.

Der Vorsitzende hält fest, dass auf der einen Seite immer gesagt werde, der Rat habe das Budgetrecht, aber auf der anderen Seite der Bürgermeister daran schuld sei, dass nichts umgesetzt werde. Dies finde er recht seltsam. Zum Schwesternverband sei zu sagen, dass die aufgeführten Kosten gesetzliche Vorgabe sei. Ihm sei nicht bekannt, dass das Projekt nicht umgesetzt werden könne. Sollte das Projekt umgesetzt werden, sei man verpflichtet, den Anteil als Gemeinde zu zahlen. Zu den Grundschulen Eiweiler und Dilsburg möchte er anmerken, dass zuvor ein Beschluss gefasst worden sei und dementsprechend die Mittel im Haushalt zu belassen seien. Die Mittel zum Ankauf der Kita und des Pfarrgartens zu sperren, mache insofern keinen Sinn, weil dieser Kauf vom Rat beschlossen werden müsse, weil es sich um Summen handle, über die er alleine nicht entscheiden könne.

Herr Manfred Schmidt empfindet die Äußerung und Anträge von Herrn Zimmer für schade, da man wochenlang zusammen gesessen und den Haushalt besprochen

habe. Es habe eine ordentliche Arbeitsatmosphäre geherrscht. Jetzt werde hingegangen und im Gemeinderat, wo die Entscheidung anstehe, jetzt durch die Hintertür den Haushalt kaputt zu machen, halte er vollkommen für daneben.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt der Vorsitzende über die Anträge der SPD im Einzelnen abstimmen:

Es folgt eine Abstimmung, die Mittel für den Schwesternverband aus dem Haushalt zu streichen:

**Beschluss mit 13 Ja-Stimmen (8 SPD/4 FDP/1 Linke) und 15 Nein-Stimmen (13 CDU/2 UBH) bei 1 Stimmenthaltung (NÖL):**

„Der Gemeinderat beschließt, die Mittel für den Schwesternverband aus dem Haushalt zu streichen.“

**Somit ist der Antrag der SPD-Fraktion abgelehnt.**

Es folgt eine Abstimmung, die Mittel für den Erweiterungsbau der Grundschule Eiweiler zu streichen.

**Beschluss mit 13 Ja-Stimmen (8 SPD/4 FDP/1 Linke) und 15 Nein-Stimmen (13 CDU/2 UBH) bei 1 Stimmenthaltung (NÖL):**

„Der Gemeinderat beschließt, die Mittel für den Erweiterungsbau der Grundschule Eiweiler aus dem Doppelhaushalt 2019/2020 zu streichen.“

**Somit ist der Antrag der SPD-Fraktion abgelehnt.**

Der Vorsitzende lässt über den Antrag, die Mittel für den Erweiterungsbau in Heusweiler-Dilsburg zu streichen, abstimmen:

**Beschluss mit 13 Ja-Stimmen (8 SPD/4 FDP/1 Linke) und 15 Nein-Stimmen (13 CDU/2 UBH) bei 1 Stimmenthaltung (NÖL):**

„Der Gemeinderat beschließt, die Mittel für den Erweiterungsbau in Heusweiler-Dilsburg zu streichen.“

**Somit ist der Antrag der SPD-Fraktion abgelehnt.**

Es folgt eine Abstimmung über den SPD-Antrag, die Mittel über den Ankauf der evangelischen Kita in Heusweiler sperren zu lassen:

**Beschluss mit 13 Ja-Stimmen (8 SPD/4 FDP/1 Linke) und 15 Nein-Stimmen (13 CDU/2 UBH) bei 1 Stimmenthaltung (NÖL):**

„Der Gemeinderat beschließt, die Mittel zum Ankauf der evangelischen Kita in Heusweiler sperren zu lassen.“

**Somit ist der Antrag der SPD-Fraktion abgelehnt.**

Danach lässt der Vorsitzende abstimmen, die Mittel für den Ankauf des katholischen Pfarrgartens sperren zu lassen:

**Beschluss mit 9 Ja-Stimmen (8 SPD/1 Linke) 15 Nein-Stimmen (13 CDU/2 UBH) bei 5 Stimmenthaltungen (4 FDP/1 NÖL):**

„Der Gemeinderat beschließt, die Mittel zum Ankauf des katholischen Pfarrgartens sperren zu lassen.“

**Somit ist der Antrag der SPD-Fraktion abgelehnt.**

Der Vorsitzende merkt an, Herr Zimmer habe beantragt, im Unterhaltungsbereich größere Projekte vor der Umsetzung im Ausschuss/Rat nochmals zu beraten.

Lt. Herrn Zimmer soll dies im Anhang zum Haushalt aufgeführt werden.

Herr Manfred Schmidt schlägt vor, dies, wenn möglich, in den Begleittext mit aufzunehmen.

Es folgt eine Abstimmung über den Haushaltsentwurf inkl. des Stellenplans:

**Beschluss mit 15 Ja-Stimmen (13 CDU/2 UBH) und 12 Nein-Stimmen (8 SPD/4 FDP) bei 2 Stimmenthaltungen: (1 Linke/1 NÖL):**

„Der Gemeinderat beschließt die Haushaltssatzung für die Jahre 2019 und 2020 mit dem Haushaltsplan und seinen Anlagen unter Berücksichtigung der zwischenzeitlich vorgenommen Änderungen.“

## **zu 5 Satzungen**

### **zu 5.1 Bebauungsplan "Wohngebiet Am Westfeld" - Billigung des Entwurfs und Beschluss über die Beteiligungen gemäß §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB Vorlage: BV/0034/19**

Der Vorsitzende erläutert den Sachverhalt und erteilt Herrn Ringe das Wort.

Dieser ergänzt im Nachgang zur Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses vom 08.04.2019, dass aufgrund der Anfrage von Herrn Zimmer in der Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses vom 29.06.2017, der Bürgermeister durch Beschluss ermächtigt wurde, den Auftrag für Planungsleistungen zur Erschließung des ehemaligen Sportplatzes Holz als Wohngebiet für die Leistungsphase 1-3 an den geeignetsten Bewerber zu vergeben. Hier solle das wirtschaftlichste Angebot zum Tragen kommen. Nach dieser Leistungsvergabe werde der Gemeinderat in Kenntnis gesetzt, dass der Auftrag an das Ingenieurbüro Kohns aus Neunkirchen vergeben wurde. Die Planungskosten für die Objektplanung der Verkehrsanlagen sowie die Objektplanung der Ingenieurbauwerke betragen im Jahr 2018 insgesamt 19.668 €.

Der Vorsitzende verweist auf die einstimmigen Beschlussempfehlungen des Ortsrates Holzes und des Bau- und Verkehrsausschusses.

Herr Zimmer hält fest, dass diese Angelegenheit extern bearbeitet worden sei und bereits seit dem letzten Jahr Häuser an dieser Stelle stehen sollten. Nach Betrachtung der Planvorlage seien nur geringe Änderungen erfolgt und trotzdem hätten diese über ein Jahr in Anspruch genommen. Hier müsste auf die fremden Unternehmen mehr Druck ausgeübt werden. Die SPD werde jedoch der Vorlage zustimmen, damit es endlich losgehen könne.

Der Vorsitzende merkt an, Frau Thewes sei hier federführend tätig und befinde sich derzeit in Elternzeit.

Er lässt über die Beschlussempfehlung des Bau- und Verkehrsausschusses abstimmen:

### **Einstimmiger Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt

1. Die Billigung des Entwurfs zum Bebauungsplan bestehend aus Planzeichnung und Begründung
2. Die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie die parallele Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie die Abstimmung mit den Nachbarkommunen gemäß § 2 Abs. 2 BauGB.

## **zu 6      Anerkennung von Zeitkarten und Semestertickets auf den Nachtbuslinien des ZPRS** **Vorlage: BV/0037/19**

Der Vorsitzende erteilt Herrn Thinnes das Wort.

Dieser führt aus, dass es in der Vorlage um die Nachtbuslinien N11-N15 und N34 gehe, die im Regionalverband verkehren. Bis zum jetzigen Zeitpunkt habe ein eigener Haustarif Anwendung gefunden, d. h. 2,50 € für die Fahrt innerhalb des Regionalverbandes oder eines Kreises. Darüber hinaus habe er 5 € betragen. In der Verbandsversammlung des ZPS habe die Geschäftsstelle den Auftrag erhalten, die mögliche Anerkennung von Zeitkarten und Semestertickets zu prüfen. Bei einem Treffen der Aufgabenträger wurde der Vorschlag befürwortet. Hinsichtlich der Kosten sei es so, dass mit Mindereinnahmen von ca. 50 % gerechnet werde, ausgehend von 28.447 €. Dies würde sich wie folgt verteilen: ZPRS 6.546,82 € auf die Landeshauptstadt Saarbrücken 6.579,90 € und auf die Stadt Völklingen 1.096,78 €. Hinsichtlich der Kosten, die vom ZPRS getragen werden, sei es so, dass diese zusätzlichen Kosten nicht auf die Verbandsmitglieder umgelegt, sondern aus vorhandenen Mitteln der ÖPNV-Pauschale bezahlt würden. Zum Beschlussvorschlag sei zu sagen, dass die Umsetzung der tariflichen Anerkennung der SaarVV-Zeitkarten und des Semestertickets auf den Nachtbuslinien N11-N15 und N34 zu einem saarlandweit einheitlichen Termin innerhalb der 2. Jahreshälfte 2019 zugestimmt werde.

Herr Hill hält es für eine kluge Entscheidung, die der Sicherheit der Jugendlichen diene, insbesondere bei Inanspruchnahme der Nachtbusse. Die Linke werde es

unterstützen und der Vorlage zustimmen.

Herr Stefan Schmidt teilt mit, die SPD-Fraktion halte diese Maßnahme für eine sinnvolle Erweiterung des Angebotes. Die SPD freue sich und halte es für ein gutes Projekt, dass Jugendliche nachts sicher nach Hause kommen können. Die SPD-Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Der Vorsitzende verweist auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Bau- und Verkehrsausschusses und lässt hierüber abstimmen:

### **Einstimmiger Beschluss:**

Der Bürgermeister wird ermächtigt, in der Verbandsversammlung des ZPRS wie folgt abzustimmen:

„Der Umsetzung der tariflichen Anerkennung der saarVV-Zeitkarten und des Semestertickets auf den Nachtbuslinien N11, N12, N13, N14, N15 und N34 zu einem saarlandweit einheitlichen Termin innerhalb der 2. Jahreshälfte 2019 wird zugestimmt.“

## **zu 7      **Mitteilungen und Verschiedenes****

### **zu 7.1    **Durabords für die Grundschule in Heusweiler****

Der Vorsitzende verliest ein Schreiben von der Schulleitung der Grundschule in Heusweiler, wonach man sich für die Bereitschaft, neue Medien in der Grundschule einzusetzen, bedanken wolle. Es bestehe die Möglichkeit, nach vorheriger Terminabsprache, sich vom Einsatz der Durabords im Schulunterricht zu überzeugen.

### **zu 7.2    **Gemeindeeigener Facebook-Account****

Herr Dr. Reimann bezieht sich auf die schriftliche Anfrage der SPD bezüglich der Nutzung und Verbreitung des gemeindeeigenen Facebook-Accounts, die nach drei Wochen noch nicht beantwortet sei. Seitens der Gemeinde sei der private Facebook-Account des Vorsitzenden geteilt worden. Er hätte gerne eine Stellungnahme hierzu.

Auf die Frage des Vorsitzenden, um welche Nachricht es sich hierbei handle, wird mitgeteilt, dass es sich um das Kinderfest Obersalbach gehandelt habe.

Der Vorsitzende teilt mit, er habe den Beitrag von unterwegs auf der Seite der Gemeinde Heusweiler eingestellt. Wenn ihm hierbei ein Fehler unterlaufen sei, bittet er dies zu entschuldigen. Dies habe natürlich auf der Seite der Gemeinde Heusweiler eingestellt werden sollen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung um 21.05 Uhr und fährt nach Herstellung der Nichtöffentlichkeit mit der Tagesordnung fort.